

Selected Term Paper

No. 18

Alexander Lukaschenko: Der "letzte Diktator Europas" - Machtfaktoren seiner Herrschaft

von **Nils Seiler**

April 2007

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
EINLEITUNG	3
1 DER BELARUSSISCHE TRANSFORMATIONSPROZESS: DAS KOMPLIZIERTE HISTORISCHE ERBE DER SOWJETUNION	5
2 DIE MACHTSÄULEN DER HERRSCHAFT LUKASCHENKOS	9
2.1 SOWJETNOSTALGIE UND AUSSENPOLITISCHER ISOLATIONSKURS	9
2.1.1 INSTRUMENTALISIERUNG DER SOWJETVERGANGENHEIT	9
2.1.2 BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND UND DER EU	10
2.2 VERFASSUNGSRECHTLICHE KOMPETENZEN UND INNENPOLITISCHE GEGENSPIELER	16
2.3 PRÄSIDENTIELLE MACHTVERTIKALE	26
2.4 AUTORITÄRE HERRSCHAFTSMETHODEN	29
3 EINORDNUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS	34
RESÜMEE UND AUSBLICK	36
LITERATURVERZEICHNIS	40

EINLEITUNG

Am 19. März 2006 fanden in Belarus vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt, bei denen der amtierende Präsident Alexander Lukaschenko mit klarer Mehrheit bestätigt wurde. Nach Meinung der Opposition und westlichen Beobachtern entsprach die Wahl keinen demokratischen Standards und war einzig und allein darauf angelegt, ihm eine weitere Amtszeit zu verschaffen. Unter Führung des Herausforderers Alexander Milinkewitsch rief die Opposition daraufhin zu Demonstrationen gegen den unfairen Wahlausgang und die Regierung auf. Mehrere tausend Regimegegner harrten eine Woche unter widrigen Bedingungen auf dem Minsker Oktoberplatz aus und nährten die leise Hoffnung auf eine weitere Farbenrevolution in Osteuropa. Doch nachdem die belarussische Führung sich einige Tage merklich zurückhielt, löste sie eine erneute friedliche Protestkundgebung am 25. März – dem belarussischen Unabhängigkeitstag – durch massive Übergriffe der Polizei und Spezialeinheiten gewaltsam auf. Zahlreiche Demonstranten, darunter der Präsidentschaftskandidat Alexander Kosulin, wurden inhaftiert und in Schnellverfahren verurteilt. Mittlerweile ist die Berichterstattung über die Wahlfarce in Belarus wieder aus den Schlagzeilen verschwunden. Lukaschenko jedoch bleibt – vorerst zumindest.

Die vorliegende Hausarbeit befasst sich mit der Republik Belarus und dem dort regierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko. Die leitende Fragestellung lautet: Auf welche Säulen stützt sich das Machtsystem des Präsidenten, der in der Literatur oftmals als der „letzte Diktator Europas“¹ titulierte wird? Es wird zudem untersucht, wie stabil dieses System noch ist, welche internen und externen Kräfte es herausfordern und welche politischen Maßnahmen seitens der EU und des Westens zukünftig unternommen werden müssen, um einen Machtwechsel in Belarus zu forcieren.

Die Arbeit besteht aus drei Teilen: *Kapitel 1* beschreibt und analysiert einleitend den Transformationsprozess Belarus' nach der Auflösung der Sowjetunion, die ungewollte Eigenstaatlichkeit und das fehlende Nationalbewusstsein im Land. Daran anknüpfend stehen in *Kapitel 2* die einzelnen Machtsäulen Lukaschenkos im Blickpunkt. Dieser Abschnitt ist nochmals in vier Unterkapitel gegliedert, die sich jeweils mit einem Komplex des Herrschaftssystems auseinandersetzen: Die Instrumentalisierung des komplizierten historischen Erbes, die außenpolitische Isolation und die privilegierten Beziehungen zu Russland (*Kapitel 2.1*); die verfassungsrechtlichen Kompetenzen und die innerstaatliche Opposition gegen den Präsidenten (*Kapitel 2.2*); die so genannte „präsidentielle

¹ Vgl. u.a. Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, München 2002, S. 7.

Machtvertikale“ (*Kapitel 2.3*) und die autoritären Herrschaftsmethoden (*Kapitel 2.4*). Über die Einordnung des politischen Systems gibt abschließend *Kapitel 3* Auskunft.

Das Land war lange Zeit eine Art „terra incognita“² in der Forschung und steht erst seit der Re-Installation eines diktatorischen Regimes unter Lukaschenko im Fokus internationaler Aufmerksamkeit. Die Literaturlage zu diesem Thema ist dennoch relativ gut, publiziert wird jedoch meist in Fachzeitschriften, aktuellere Monographien findet man selten. Studien zur Präsidentschaftswahl 2006 liegen wenige vor, die Ausführungen zu diesem Aspekt beziehen sich daher auf zwei Studien von Rainer Lindner und diverse Zeitungsartikel beziehungsweise Onlinequellen. Die SWP-Studie »Präsidentschaftswahl in Belarus«. *Autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft und internationale Isolation* von Lindner behandelt indes die gleiche Problemstellung wie diese Arbeit. Sie wird sich auch vorwiegend auf die Untersuchungen von Rainer Lindner stützen. Der Osteuropaexperte lehrt als Privatdozent an der Universität Konstanz und ist zudem für die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig. Neben fundierten Kenntnissen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftshistorischen Aspekte bieten seine Werke sehr gute und umfassende Analysen und konkrete Handlungsempfehlungen für die weitere Politik gegenüber der Republik Belarus. Des Weiteren sind die Aufsätze aus der Zeitschrift *Osteuropa* hervorzuheben, insbesondere die in dem von Astrid Sahn, Manfred Sapper und Volker Weichsel herausgegebenen Heft *Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht*. Unter Zuhilfenahme dieser und weiterer Quellen ist es – unter Berücksichtigung der eingeschränkten Informationslage in Belarus – möglich, einen breiten Horizont wiederzugeben und unterschiedliche Perspektiven auf das Thema aufzuzeigen.

Anzumerken bleibt noch, dass die belarussischen Orts- und Personennamen möglichst einheitlich in der in Deutschland gebräuchlichen Transliteration verwendet werden. In der Literatur findet man zudem unterschiedliche Länderbezeichnungen. Die Bezeichnung „Weißrussland“ wurde dabei in den letzten Jahren zunehmend durch die im angloamerikanischen Raum gebräuchliche Bezeichnung „Belarus“ ersetzt. Dieser Schreibweise wird auch hier der Vorzug gegeben. Während durch den Begriff „Weißrussland“ ein eher russlandzentriertes Konzept zum Ausdruck gebracht wird, liegt im anderen Fall ein eher nationales Konzept vor, da hier auf den etymologischen Ursprung, das mittelalterliche Staatsgebilde der Kiever Rus', rekuriert wird.³

² Förster, Heinrich Linus: *Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück? Eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Systemtransformation am Beispiel der ehemaligen Sowjetrepublik Belarussland* (Politica. Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft, Band 28), Hamburg 1998, S. 47.

³ Vgl. Werdt, Christophe von: *Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion*; in: Carsten Goehrle/ Seraina Gilly (Hrsg.): *Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens*, Bern 2000, S. 285-329, hier S. 285.

1 DER BELARUSSISCHE TRANSFORMATIONSPROZESS: DAS KOMPLIZIERTE HISTORISCHE ERBE DER SOWJETUNION

Der belarussische Transformationsprozess ist ein Sonderfall und trägt folgende Merkmale: Ein kompliziertes historisches Erbe, die späte – mehrheitlich ungewollte – Unabhängigkeit und ein fehlendes Nationalbewusstsein.

Ein formal unabhängiges und souveränes Belarus existiert erst seit 1991. Die ehemalige sowjetische Teilrepublik verfügte zuvor über keine gefestigten Traditionen staatlicher Unabhängigkeit. „Weder die Weißrussische Volksrepublik des Frühjahrs 1918, noch die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR), die 1922 dem Verbund der Sowjetrepubliken beitrug, konnten den Anspruch auf Selbstständigkeit – trotz Unabhängigkeit – erheben.“⁴ Die Herausbildung einer nationalen Identität blieb daher mangelhaft.⁵ Die Geschichte Belarus' war zuvor schon Jahrhunderte lang von Fremdherrschaft geprägt und den Einflüssen der benachbarten Machtzentren im Osten und Westen unterworfen. Die Belarussen befanden sich fast 300 Jahre in polnisch-litauischen Staatsverbänden und etwa 200 Jahre im russischen Zarenreich und der Sowjetunion.⁶ Mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann für die Belarussen die leidvolle Besatzungszeit. Der anschließende Wiederaufbau des völlig zerstörten Gebietes gelang nur mit massiver Hilfe der Zentralregierung in Moskau.⁷ Die belarussische Kommunistische Partei galt in der Folge als eine der konservativsten und moskautreuesten in der Sowjetunion und stellte nach Russland die meisten Funktionäre im Moskauer Machtapparat.⁸ In den 80er Jahren gehörte die BSSR zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Republiken der Sowjetunion, damals wie heute vor allem wegen verbilligter Gas- und Öllieferungen aus Russland, und hatte den Ruf, die „Musterrepublik der UdSSR“ zu sein.⁹ Der Beginn von Glasnost' und Perestrojka wurde in Belarus dementsprechend nicht als Reformimpuls wahrgenommen. Es kam kaum nationale

⁴ Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«. Autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft und internationale Isolation (SWP-Studie, Nr. 6, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, März 2006, S. 12.

⁵ Vgl. Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, a.a.O., S. 52f.

⁶ Vgl. Ders., S. 34-39 und Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 175f.

⁷ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands (Belarus); in: Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S. 429-467, hier S. 430.

⁸ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 286 und Lindner, Rainer: Getrennte Wege aus gemeinsamer Zeit. Die Ukraine und Belarus' in postsowjetischer Transformation; in: Rainer Lindner/ Boris Meissner (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation. Eine Zwischenbilanz (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik, Band 3), Köln 2001, S. 13-30, hier S. 17.

⁹ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 430.

Aufbruchstimmung im Land auf. Verantwortlich dafür waren das Fehlen einer nationalen Opposition und die recht günstige Wirtschaftslage.¹⁰

Am 27. Juli 1990 erklärte der Oberste Sowjet der BSSR die Souveränität des Landes, vorerst aber noch innerhalb der Sowjetunion. Erst im Sommer 1991 proklamierte die Republik – unter dem Druck des missglückten spätkommunistischen Putschversuches gegen den sowjetischen Präsidenten Gorbatschow – ihre vollständige Unabhängigkeit, die durch den Vertrag über die Auflösung der Sowjetunion am 8. Dezember 1991 besiegelt wurde.¹¹ „Die Proklamation der Souveränität löste keinen Enthusiasmus aus, man war skeptisch oder gleichgültig, nur eine Minderheit begrüßte sie. Denn im Alltagsleben änderte sich kaum etwas. Die Unabhängigkeit [...] war nichts Er kämpftes, sie „passierte“ vielmehr unter der unmittelbaren Einwirkung äußerer Faktoren und Geschehnisse [...].“¹² Der belarussischen Führung lag auch nichts an einer Neuausrichtung der Beziehungen zu Russland. Im gleichen Atemzug mit der Unabhängigkeitserklärung postulierte die Führung einen neuen Unionsvertrag. Belarus gehörte auch zu den treibenden Kräften bei der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Dass man sich von der Sowjetunion löste, war sozusagen ein „Betriebsunfall“.¹³ Der Unabhängigkeitserklärung ging zudem kein Referendum voraus. Im Gegensatz zur ukrainischen Bevölkerung wurde die belarussische nicht über eine Unabhängigkeit befragt.¹⁴ Der „Verzicht auf Gründungswahlen öffnete Tür und Tor für populistische Lösungen, die die Legitimität der Auflösung anzweifelten.“¹⁵

Für viele osteuropäische Staaten bildete die nationale Identität im Transformationsprozess eine integrierende Funktion. Gemeinsame Erinnerungen, Gebräuche, Persönlichkeiten, Stätten, Zeichen und Symbole können dabei einigende Wirkung besitzen. In Belarus hängt die nationale Identität überwiegend mit den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs zusammen. Darüber hinaus fehlen aber die historischen Anknüpfungspunkte zur Herausbildung einer staatlichen oder nationalen Identität. Ein starkes Nationalbewusstsein auf der Basis nationaler Symbole und Mythen, vor allem aber durch eine gemeinsame Sprache, konnte sich nie richtig entwickeln. Insgesamt blickt Belarus allenfalls auf eine „Geschichte nationaler

¹⁰ Vgl. Karol', Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus'; in: Rainer Lindner/ Boris Meissner (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation. Eine Zwischenbilanz (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik, Band 3), Köln 2001, S. 109-123, hier S. 112.

¹¹ Vgl. Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, a.a.O., S. 49.

¹² Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 156.

¹³ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 306 und 312.

¹⁴ Vgl. Lindner, Rainer: Getrennte Wege aus gemeinsamer Zeit, a.a.O., S. 19.

¹⁵ Sahn, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime; in: Rainer Lindner/ Boris Meissner (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation. Eine Zwischenbilanz (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik, Band 3), Köln 2001, S. 125-148, hier S. 126f.

Augenblicke“¹⁶ zurück und wurde – so bemerkt Förster – oftmals als „geschichtslos“ diskreditiert.¹⁷

Diese Lücke versuchte die Belarussische Volksfront zu schließen. Die Partei konstituierte sich 1988 als Reaktion auf den Reaktorunfall in Tschernobyl vom 26. April 1986, bei dem rund 20 Prozent des belarussischen Gebietes kontaminiert wurde¹⁸ und der Entdeckung stalinistischer Massengräber in Belarus. Sie trat für ökologische Maßnahmen, eine Aufarbeitung der Geschichte und für eine Überwindung des „nationalen Nihilismus ohne Selbstbewusstsein“ ein und richtete sich gegen die herrschende Kommunistische Partei, indem sie versuchte, vorsowjetische nationale Identitätsmarken zu verankern.¹⁹ Die Volksfront bezeichnete die ihrer Meinung nach identitätslose Gesellschaft als ein „geistiges Čornobyl“²⁰ und machte zudem auf das komplizierte historische Erbe der untergegangenen Sowjetunion aufmerksam. Damit gemeint sind „die historischen weißrussischen Vernichtungserfahrungen“ in Form von „Ethnozid, Genozid und Ökozid, also von Russifizierung, den stalinschen Repressionen und der Katastrophe von Tschernobyl.“²¹ Ein Bindeglied der belarussischen Nationalgeschichte stellen die traumatischen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg dar. Die deutsche Besatzungszeit war eine demographische und kulturelle Tragödie für das Land. Der Krieg forderte etwa drei Millionen Opfer, was bedeutet, dass fast ein Drittel der Bevölkerung, die Hälfte davon Zivilisten, ums Leben kamen.²² Kein Land hat prozentual mehr Menschen im Zweiten Weltkrieg verloren.²³ Doch auch bei diesem Thema tobt in Belarus ein „Streit der Erinnerungen“, der „gesellschaftlich desintegrierend“ wirkt und gleichzeitig „Ausdruck der Zerrissenheit des politischen Spektrums“ ist.²⁴ Die Volksfront bezweifelte den von der KP verbreiteten Mythos des „Volkskrieges“, demzufolge die Partisanenbewegung unter Führung der Kommunistischen Partei zur Niederlage der deutschen Besatzer beigetragen hätte. Die politische Elite in Minsk versuchte so, eine „(quasi-)nationale belarussische Identität im Rahmen der sowjetischen zu konstruieren.“²⁵ Die Chance, dem jungen Staat ein neues Profil

¹⁶ Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 429.

¹⁷ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 154.

¹⁸ Vgl. Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, a.a.O., S. 48f.

¹⁹ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 293 und 313.

²⁰ Vgl. ebd., S. 295.

²¹ Ebd., S. 290.

²² Vgl. Rentrop, Petra: Arbeiten an der Erinnerung. Geschichte und kollektives Gedächtnis; in: Astrid Sahn/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 146-157, hier S. 147 und Sahn, Astrid: Kein politischer Frühling in Belarus. Das Scheitern der Parlamentswahlen im Mai 1995 und die Verselbstständigungstendenzen der Exekutive; in: Osteuropa, Heft 11, 45. Jg., November 1995, S. 1021-1033, hier S. 1023.

²³ Vgl. Lindner, Rainer: Präsidialdiktatur in Weißrußland. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unter Lukašënka; in: Osteuropa, Heft 10/11, 47. Jg., Oktober/November 1997, S. 1038-1052, hier S. 1040.

²⁴ Sahn, Astrid: Kein politischer Frühling in Belarus, a.a.O., S. 1026.

²⁵ Rentrop, Petra: Arbeiten an der Erinnerung, a.a.O., S. 147.

zu verleihen, hat die in der Sowjetunion verwurzelte Elite jedoch nicht wahrgenommen. Sie hat nach 1991 „die – ungeachtet schwieriger Rahmenbedingungen durchaus vorhandenen – windows of opportunities für eine Konsolidierung von Nationalstaatlichkeit und demokratischer Entwicklung nicht genutzt.“²⁶

In Belarus gibt es daher keinen „nationalen Grundkonsens.“²⁷ Zudem ist die belarussische Gesellschaft – von einer recht kleinen und schwachen, belarussisch-national orientierten Intelligenzschicht abgesehen – nicht als treibende Kraft in dieser Debatte in Erscheinung getreten. Der nationale Kurs stieß bei der Bevölkerung nicht auf Widerhall.²⁸ Lediglich ein kleiner Teil ist an der nationalen Frage überhaupt interessiert. Aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungen mit Krieg und inneren Konflikten herrscht in der Bevölkerung eher Lethargie, Gleichgültigkeit und eine gewisse Konfliktscheu vor.²⁹ „Außerdem ist es weniger die Sorge über russischen Chauvinismus oder das Schicksal der belarussischen Sprache, die die Bevölkerung umtreibt, sondern es ist der Kampf um das tägliche Dasein wie etwa die steigenden Mieten. Das Thema Sicherheit genießt ebenfalls große Aufmerksamkeit.“³⁰

Die Hinwendung zu alten Traditionen und nationalen Identitäten ist Zeichen einer gesellschaftspolitischen Orientierungslosigkeit, zurückzuführen auf den schwierigen Transformationsprozess und die Auflösung des Sowjetsystems. Der jungen Republik fehlte ein stabiler Rahmen, um eine klar umrissene Staatlichkeit und eine nationale Identität herausbilden zu können.³¹ Der Transformationsprozess in Belarus muss daher insgesamt als gescheitert angesehen werden. Dieses „postkommunistische Vakuum“³² bereitete den idealen Nährboden für die Wahl des autoritär-populistischen Alexander Lukaschenko zum Präsidenten.

²⁶ Sahn, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime, a.a.O., S. 147.

²⁷ Marples, David R.: Bac`ka Lukašënka. Herrschaft ohne Charisma; in: Astrid Sahn/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 18-29, hier S. 28.

²⁸ Vgl. Karol`, Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus', a.a.O., S. 111.

²⁹ Vgl. Hoff, Magdalene/ Timmermann, Heinz: Belarus in der Krise. Die „Partei der Macht“ drängt auf Rückwendung nach Rußland, in: Osteuropa, Heft 8, 44. Jg., August 1994, S. 723-742, hier S. 740.

³⁰ Marples, David R.: Bac`ka Lukašënka, a.a.O., S. 28f.

³¹ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück? , a.a.O., S. 155 und 369.

³² Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 328f.

2 DIE MACHTSÄULEN DER HERRSCHAFT LUKASCHENKOS

2.1 SOWJETNOSTALGIE UND AUSSENPOLITISCHER ISOLATIONSKURS

2.1.1 INSTRUMENTALISIERUNG DER SOWJETVERGANGENHEIT

Nach den Präsidentschaftswahlen von 1994, aus denen Lukaschenko überraschend als Sieger hervorging, setzte eine Politik der Restauration und „Russifizierung“ ein. Die Ansätze des nationalen Erwachens und die Mobilisierungsversuche der Volksfront waren vorüber. „Seither beherrscht ein postsowjetisches Geschichts- und Kulturverständnis die öffentliche Sprach- und Bilderwelt.“³³ Lukaschenko selbst ist Repräsentant der Nachkriegsgeneration, die den sowjetischen Erziehungsapparat durchlief und dessen ideologische Grundlagen verinnerlichte.³⁴ Er greift – wie die belarussischen Kommunisten – auf die rhetorischen Mythen der „Partisanenrepublik Belarus“ zurück, teilt mit ihnen den Wertekanon der untergegangenen Sowjetunion und stellt die nationalsozialistische Besatzung im Zweiten Weltkrieg als zentrales Geschichtsmoment in den Mittelpunkt.³⁵

Im Mai 1995 wurde parallel zur Parlamentswahl per Referendum über die Wiedereinführung der altsowjetischen Staatssymbole auf Landeswappen und Landesflagge, eine Wirtschaftsvereinigung mit Russland und die Erhebung des Russischen zur zweiten Staatssprache abgestimmt. Die Anträge erhielten nach offiziellen Angaben jeweils 75 bis 83,1 Prozent Zustimmung.³⁶ In der Öffentlichkeit herrscht die russische Sprache vor. Belarussisch gilt als ein wenig gesprochenes und im öffentlichen Raum geächtetes Idiom.³⁷ Die Verwendung der Landessprache ist in Belarus daher so etwas wie ein politisches Bekenntnis. Präsident Lukaschenko hat sich immer wieder abfällig über sie geäußert, auch wenn er selbst ein von belarussischen Einflüssen nicht ganz freies Russisch spricht. Auch in den Medien führt das Belarussische nur eine Randexistenz.³⁸

Das sowjetnostalgische Geschichtskonzept des Präsidenten wurde (und wird noch immer) von einem erheblichen Teil der Gesellschaft getragen. Sein „teils (pseudo-)slawisch, teils (traditionell-sozialistisch) aufgeputzter Populismus“³⁹ trifft den Nerv großer Bevölkerungsteile, vor allem der ländlichen und älteren Bevölkerung. Er versteht es

³³ Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 12.

³⁴ Vgl. ebd., S. 17.

³⁵ Vgl. Rentrop, Petra: Arbeiten an der Erinnerung, a.a.O., S. 146.

³⁶ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 275.

³⁷ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 12f.

³⁸ Vgl. Vesper, Reinhard: Der Sprachdemonstrant; in: FAZ, 23. März 2006; online im Internet: <<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EA78AB9045DF94A889B9798400198A572~ATpl~Ecommon~Scontent.html>>.

³⁹ Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 264.

instinktsicher, in populistischer und primitiver Weise an die nostalgischen Gefühle vieler Belarussen zu appellieren und instrumentalisiert ihre kritische Lage, die von Werteverlust, der Zerstörung vormals stabiler staatlicher Strukturen, materieller und wirtschaftlicher Unsicherheit, Vertrauensverlust in Staats- und Parteistrukturen sowie Zukunftspessimismus geprägt ist.⁴⁰ Indem er die alte sowjetische Ordnung nostalgisch verklärt und eine Re-Installation dieser alten Ordnung vertritt, suggeriert er der Bevölkerung, für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Und indem sie die Bereiche der politischen Kontrolle über die Gesellschaft ausweitet, ergreift die belarussische Führung außerdem Maßnahmen zur Einführung einer einheitlichen und für die Bevölkerung bindende Staatsideologie.⁴¹ Präsident Lukaschenko verfolgt dabei „das Konzept staatlich gelenkter, systemloyaler gesellschaftlicher Strukturen“ und knüpft damit an „die Vormachtstellung von Gesellschaft als staatlicher Veranstaltung aus zarischer und sowjetischer Zeit“ an.⁴² Die Einführung einer slawischen Identität und die ideologische Demagogie dienen ihm als Deckmantel für die Festigung seiner eigenen Macht und die dahinter stehenden Verbrechen.⁴³

„Lukaschenko nährt die Sehnsucht nach dem berechenbaren Leben, nach dem Staat Breschnjews, der vielen heute als Atlantis erscheint. Das Wiederauftauchen dieser versunkenen Welt versucht er ausgerechnet durch die Union mit dem kapitalistischen Russland zu erreichen.“⁴⁴

2.1.2 BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND UND DER EU

Verfolgte das Land in den ersten Jahren der Unabhängigkeit noch einen außenpolitischen Neutralitätskurs mit einer Öffnung nach Westen, so änderte sich die Richtung seit Lukaschenkos Amtsantritt grundlegend. Priorität hatte von nun an eine möglichst umfassende politische, wirtschaftliche und militärische Partnerschaft mit Russland. Die beiden Staaten sind vertraglich eng aneinander gebunden, sogar die staatliche Reintegration der beiden souveränen Staaten wurde als ein weitgehend unverbindliches Ziel formuliert. Bei jedem Integrationsschritt pocht Lukaschenko auf die völlige Gleichberechtigung beider Staaten, zu

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 370 und Karol', Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus', a.a.O., S. 117.

⁴¹ Vgl. Pan`koŭski, Sjarhej (Sergej Pankokovskij): Minsk – das Vierte Rom?; in: Astrid Sahn/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 8-17, hier S. 8 und 11.

⁴² Sahn, Astrid: Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung; in: Astrid Sahn/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 96-110, hier S. 96.

⁴³ Vgl. Pan`koŭski, Sjarhej: Minsk – das Vierte Rom? , a.a.O., S. 16.

⁴⁴ Thumann, Michael: Süßer die Gläser nie klingen; in: Die Zeit, Nr. 22, 52. Jg., 23. Mai 1997, S. 6

einer wirklich substantiellen Vertiefung ist Russland jedoch nicht bereit, da die Motive und Machtverhältnisse innerhalb der Union zu unterschiedlich sind.⁴⁵ Während Lukaschenko Russland als „großen Bruder“ sieht und sein Land am liebsten in einer gemeinsamen Union aufgehen lassen würde, sieht die politische Führung in Moskau Belarus hingegen als nützlichen und loyalen Verbündeten. Das Land gehört zum strategischen und taktischen Sicherungsgebiet Russlands und bildet aus russischer Sicht einen ergebenden Pufferstaat zum NATO-Territorium.⁴⁶ Russland nutzt kostenlos die belarussische Infrastruktur und betreibt militärische Stützpunkte im Land. Russlands Interessen orientieren sich auch weniger an Belarus als an dessen politischer Umgebung. Denn „noch weniger als Lukaschenko verkräftet das System Putin »Farbenrevolutionen« in seiner Nachbarschaft [...]“⁴⁷ Putin, der den Untergang der Sowjetunion einst als „größte geopolitische Katastrophe des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete⁴⁸, sieht Russlands geostrategische und nationale Interessen im postsowjetischen Raum durch die Revolutionen in der Ukraine und Georgien gefährdet. Belarus unter Lukaschenko ist für Russland daher ein nützliches Bollwerk gegen weitere Revolutionsbewegungen.⁴⁹ Die Demokratiedefizite im Land werden von Russland anders als von der EU bewertet. Für Russland ist Belarus keine Problemzone, was die Einhaltung demokratischer Regeln angeht. Umgekehrt wird auch keine Kritik an der eigenen Politik laut. Beide Länder attestieren sich regelmäßig die Einhaltung demokratischer Wahlen und Verfahrensweisen. Allerdings fielen die Glückwünsche aus Moskau in letzter Zeit etwas nüchterner aus. So hielt sich Russland bei der Diskussion über die Wahlmanipulationen auffallend zurück und gewährte keine ausdrückliche Unterstützung im Wahlkampf.⁵⁰ Zudem sind momentan sämtliche Großprojekte der belarussisch-russischen Integration vorläufig auf Eis gelegt. Gespräche über einen Unionsstaat sind daher allenfalls „Papiertiger“.⁵¹ Das liegt auch daran, dass die beiden Präsidenten keine politischen Freunde sind. Vielmehr ist das Verhältnis seit Putins Amtsantritt von einer rein pragmatischen Interessens- und Machtpolitik

⁴⁵ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 462f.

⁴⁶ Vgl. Voswinkel, Johannes: Knüppelhart. Weißrusslands Machthaber lässt wählen; in: Die Zeit, Nr. 12, 61. Jg., 16. März 2006, S. 9.

⁴⁷ Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 24.

⁴⁸ Rede Putins an die Föderalversammlung, 25. April 2005; in:

http://www.kremlin.ru/appears/2005/04/25/1223_type63372type82634_87049.shtml; zitiert nach:

Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 17.

⁴⁹ Vgl. Schmid, Ulrich: Indignation als Dauerzustand in Minsk, in: NZZ Internationale Ausgabe, Nr. 270, 226. Jg., 18. November 2005, S. 6.

⁵⁰ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus – Inszenierter Urnengang und neuer Widerstand (Diskussionspapier, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, April 2006, S. 4.

⁵¹ Vgl. Sahn, Astrid: Eine Wahl – zwei Urteile. Internationale Positionen zur Parlamentswahl; in: Belarus-News, Nr. 27, Frühling 2005, S. 2f.

bestimmt.⁵² Der russische Präsident gibt im Gegensatz zu seinem Kollegen in Minsk – zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt – bei vielen westlichen Regierungen eine gute Figur als moderne, weltläufige Führungspersönlichkeit ab. Lukaschenko kann seinem Ansehen darum nur schaden. So erklärt sich auch die anfängliche Zurückhaltung der Polizei auf dem Minsker Oktoberplatz aus Russlands Sorge, ein Skandal in Belarus könnte den Glanz des russischen G8-Vorsitzes überschatten.⁵³ Lukaschenko verspricht sich von der Unterordnung unter russische Interessen dagegen wirtschaftliche Konzessionen und politische Rückendeckung, denn Belarus ist in finanzieller sowie sicherheits- und energiepolitischer Hinsicht fast vollkommen von Russland abhängig. Sobald Russland seine Wirtschaftsförderung, die Sicherstellung der Energieversorgung zu niedrigen Preisen und die politische Protektion einstellen würde, geriete das Regime unter massiven Druck und bräche über kurz oder lang zusammen. Es lässt sich also durchaus behaupten, dass Russlands Politik gegenüber Belarus dazu beigetragen hat, Lukaschenkos Herrschaft zu verlängern.⁵⁴

Hinsichtlich der Energieversorgung hat sich die russische Politik bereits geändert. Nachdem der russische Energiekonzern Gasprom zu Beginn des Jahres 2006 mit der Ukraine um höhere Gaspreise stritt und die Lieferungen kurzzeitig aussetzte, traf es nun auch Belarus. Bislang zahlte das Land nur 47 Dollar pro tausend Kubikmeter Gas, zum Jahreswechsel 2006/07 verdoppelte Gasprom den Preis auf 100 Dollar. Als Reaktion auf die höheren Preise, die bereits vor Monaten angekündigt wurden, revanchierte sich Belarus und forderte rückwirkend zum 1. Januar höhere Transitgebühren und Zoll auf russisches Öl von 45 Dollar pro Tonne. Moskau lehnte diese Zahlung kategorisch ab. Eine Woche später sperrte die russische Pipeline-Betreiber-Gesellschaft Transneft die zentrale „Druschba“-Leitung nach Westeuropa, da Belarus dazu übergang, Öl aus den Leitungen abzuzweigen.⁵⁵ Der Streit eskalierte und sorgte für erhebliche Verstimmungen in den russisch-belarussischen Beziehungen. Das Verhältnis ist seitdem merklich abgekühlt.

Die drastische Preiserhöhung stellt die belarussische Wirtschaft vor immense Probleme. Sie könnte das Ende des Wirtschaftsaufschwungs bedeuten, der auf niedrigen Energiekosten und den Geldern aus dem Transitverkehr nach Westeuropa – einhergehend mit höheren

⁵² Vgl. Timmermann, Heinz: Koloboks Union. Belarus und Rußland am Wendepunkt?; in: Astrid Sahn/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 218-227, hier S. 218.

⁵³ Vgl. Voswinkel, Johannes: Weißrussische Nächte. Wählen im Lukaschenkoland; in: Die Zeit, o.A., 61. Jg., S. 13.

⁵⁴ Vgl. Marples, David R.: Bac`ka Lukašenka, a.a.O., S. 22.

⁵⁵ Vgl. u.a. Hassel, Florian: Ende teurer Freundschaften; in: Frankfurter Rundschau, 02. Januar 2007; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/frankfurter-rundschau-ende-teurer-freundschaften-3.html>> und Streit, Matthias: Schluss mit Druschba; in: Spiegel Online, 09. Januar 2007; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/sz-von-wegen-freundschaft.html>>.

Weltmarktpreisen für Öl und Gas – basierte. Die teureren Energielieferungen wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit aus. Zudem ist Belarus vollkommen von (russischen) Energie-Importen abhängig.⁵⁶ Russland ist auch nicht mehr länger bereit, die belarussische Wirtschaft und das Regime mit mindestens vier Milliarden Dollar pro Jahr (davon allein drei Milliarden durch verbilligte Energielieferungen) zu subventionieren. Diese Subventionierungspolitik deckte bislang ganze zehn Prozent des belarussischen Staatsetats.⁵⁷ Russlands Motive für die Preiserhöhung sind daher primär ökonomischer und kommerzieller Natur. Der Energieriese Gasprom, der sich mit 51% mehrheitlich in Staatsbesitz befindet und dessen Strukturen und Interessen mit dem Kreml eng verflochten sind, wirtschaftet im Inland und den GUS-Staaten defizitär, da die Rentabilität dort hinter politischen Interessen zurückstehen muss. Die Verluste im Inland wurden daher durch die Gewinne im Ausland kompensiert. Um die russischen Verbraucher nicht stärker zu belasten, hält man sich nun an die GUS-Staaten, die bislang Öl und Gas zum Freundschaftspreis bezogen. Die Preise sollen langfristig auf westeuropäisches Niveau angehoben werden, das durchschnittlich bei rund 260 Dollar pro tausend Kubikmeter liegt.⁵⁸ Die Preise staffeln sich aber je nach Bindungsgrad und politischer Bindungswilligkeit an Russland, sind also in gewissem Maße auch außenpolitisch motiviert. Belarus bezieht mit 100 Dollar noch vergleichsweise günstige Lieferungen. Die Preise für die Ukraine wurden nach der Rückkehr Janukowitschs in die Regierung auf 130 Dollar gesenkt. Armenien, das den Gastransport an Gasprom abtrat, zahlt lediglich 110 Dollar, Moldawien 170 Dollar und das widerspenstige Georgien liegt mit 235 Dollar annähernd auf westeuropäischem Niveau.⁵⁹ Neben steigenden Gewinnen möchte Gasprom zudem eine lückenlose Versorgung bis hin zum Endverbraucher erreichen. Dafür übte der Konzern Druck auf Belarus aus, den staatlichen Gasnetzbetreiber Beltransgas zu verkaufen. Der Staat sollte so seine seit 1991 bestehenden Schulden gegenüber Gasprom mit Aktiva begleichen. Belarus verweigerte sich dem „Tauschgeschäft“ jedoch, da das Gasnetz als strategisches Gut in staatlichem Besitz bleiben sollte.⁶⁰ Man einigte sich schließlich auf eine Beteiligung von 50 Prozent an Beltransgas für die Summe von 2,5 Milliarden Dollar.⁶¹

⁵⁶ Vgl. Götz, Roland: Energietransit von Russland durch die Ukraine und Belarus. Ein Risiko für die europäische Energiesicherheit? (SWP-Studie, Nr. 38, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, Dezember 2006, S. 6 und 24.

⁵⁷ Vgl. Hassel, Florian: Ende teurer Freundschaften, a.a.O.

⁵⁸ Vgl. Götz, Roland: Energietransit von Russland durch die Ukraine und Belarus, a.a.O., S. 12f und o.V.: Geopolitischer Preis; in: FAZ, 01. Januar 2007; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/faz-kommentare-geopolitischer-preis-3.html>>.

⁵⁹ Vgl. Hassel, Florian: Ende teurer Freundschaften, a.a.O.

⁶⁰ Vgl. Götz, Roland: Energietransit von Russland durch die Ukraine und Belarus, a.a.O., S. 12 und 24.

⁶¹ Vgl. o.V.: Russland klemmt wichtigste Öl-Ader nach Deutschland ab; in: Spiegel Online, 08. Januar 2007; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/spiegel-online-russland-klemmt-wichtigste-ol-ader-nach-deutschla.html>>.

Auch vom rechtlichen Standpunkt aus betrachtet, ist die Forderung Lukaschenkos, wegen der politischen Union weiterhin verbilligte Energielieferungen zu beziehen, irrational. Russland mag erpresserisch vorgehen, es ist aber nicht verpflichtet, Belarus zu subventionieren.⁶² Ein Affront gegenüber dem Bündnispartner ist die Preispolitik aber sehr wohl. Lukaschenko hatte eigentlich keine andere Wahl, als das Preisdiktat zu akzeptieren, da er in diesem Machtkampf eindeutig am kürzeren Hebel sitzt. Durch die Abkehr und Isolierung vom Westen hat sich Belarus ganz in russische Abhängigkeit begeben.⁶³ Die politische Rückendeckung durch Moskau und die Anerkennung der Wahl band Lukaschenko umso enger an Russland, das jetzt die Dividende dafür kassieren möchte. In Moskau wird die Duldung des Regimes in Minsk als Legitimationsgrundlage für die Preiserhöhung gesehen⁶⁴, denn „für Moskau ist Energiepolitik [...] immer auch Machtpolitik.“⁶⁵ Russland will den politischen Status quo halten und gleichzeitig den Profit maximieren.⁶⁶ Der „Gaspreis und die Sicherung der Lieferungen nach Westen dürften langfristig für Russland entscheidender sein als das politische Überleben Lukaschenkos.“⁶⁷ Eine Einverleibung Belarus' scheint dabei nicht ausgeschlossen. Sie würde jedoch das politische Aus Lukaschenkos bedeuten. Eine gleichberechtigte Union, die ihm eine maßgebliche Rolle zuspricht, ist aus russischer Sicht jedoch ausgeschlossen.⁶⁸ Wenn, dann wird die Union allenfalls zu „russischen Konditionen“ wiederbelebt.⁶⁹ Momentan wird Lukaschenko allerdings eher an der kurzen Leine gehalten, an einem schnellen Sturz ist Russland nicht interessiert, da ein möglicher Nachfolger sich dem Westen zuwenden könnte.

Paradox ist indes, dass Lukaschenko, indem er sich (unfreiwillig) als Verteidiger der nationalen Souveränität gibt, sogar Unterstützung bei der Opposition erntet, die aber keinesfalls eine Re-Union mit Russland anstrebt.⁷⁰ Gleichzeitig wird die Preiserhöhung von

⁶² Vgl. o.V.: Lukaschenkos nationalistische Ader; in: NZZ Online, 30. Dezember 2006; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/nzz-kommentar-lukaschenkos-nationalistische-ader-3.html>>.

⁶³ o.V.: Weißrussland zahlt die Zeche; in: SZ, Nr. 1, 63. Jg., 02. Januar 2007, S. 4; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/sz-weissrussland-zahlt-die-zeche-3.html>>.

⁶⁴ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentenschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 19.

⁶⁵ Vgl. ders.: Getrennte Wege aus gemeinsamer Zeit, a.a.O., S. 22.

⁶⁶ Vgl. o.V.: Treuebonus im Bruderzwist; in: Zeit online, 02. Januar 2007; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/zeit-online-treuebonus-im-bruderzwist.html>>.

⁶⁷ Lindner, Rainer: »Präsidentenschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 25.

⁶⁸ Vgl. Streit, Matthias: Schluss mit Druschba, a.a.O.

⁶⁹ Vgl. Oertel, Barbara: Lukaschenkos Tage scheinen gezählt; in: taz, 05. Januar 2007, S. 11; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/taz-kommentar-lukaschenkos-tage-scheinen-gezahlt.html>>.

⁷⁰ Vgl. o.V.: Lukaschenkos nationalistische Ader, a.a.O.

der Opposition allerdings positiv aufgenommen, da sie damit rechnet, dass das Regime so weiter unter Druck gerät.⁷¹

Der Energiestreit machte auch die Auswirkungen auf die EU deutlich, denn letztlich hängen die Energie- und damit auch die Wirtschaftssicherheit der EU und Deutschlands zu einem großen Teil von russischen Energielieferungen über das Territorium von Belarus ab. Das Land ist zudem Transitraum für westliche Warenexporte nach Osten. Russland und die EU wickeln mehr als 60 Prozent ihres wechselseitigen Handels über Belarus ab.⁷² Die politischen Kontakte zu Belarus sind allerdings eingefroren.

Belarus ist das einzige europäische Land, das nicht dem Europarat angehört und politisch weitgehend isoliert ist. Es bestehen zwar diplomatische Verbindungen, die europäischen Länder sind auch mit Botschaften im Land vertreten, sieht man aber von den Integrationsbemühungen und den privilegierten Beziehungen mit Russland und den „krampfhaften sporadischen Kontakten mit der Dritten Welt ab, macht die Sonderstellung in Europa und in der Staatengemeinschaft Belarus zu einem paradoxen Staat, der im Grunde genommen keine Außenpolitik hat.“⁷³ Die internationale Abschottung ist selbst gewählt und beruht nur zum Teil auf der Sanktionsstrategie der anderen Staaten. „Der Isolationismus ist ein konstitutives Merkmal des gegenwärtig etablierten politischen Systems von Belarus, da er dem Regime ermöglicht, die Meinung der demokratischen Staatengemeinschaft zu ignorieren.“⁷⁴ Die politische Abkapselung wird durch Informationsbarrieren und stereotype Kritik am Westen noch verstärkt. In altsowjetischer Rhetorik beschwört Lukaschenko regelmäßig die Bedrohung seines Landes durch „Volksfeinde“ und durch den dekadenten Westen als Ursprung allen Übels.⁷⁵ In der offiziellen Propaganda werden die neuen, nach Osten verlagerten EU- und NATO-Grenzen als Bedrohungskulisse aufgebaut. Mit seinen rhetorischen Ausfällen manövriert sich Lukaschenko immer weiter ins außenpolitische Abseits.⁷⁶

Die Revolutionsbestrebungen in Georgien, der Ukraine und Kirgisien waren für Lukaschenko, so sehr er sie fürchtet, eine willkommene Einladung und ein Auslöser, um eine neue

⁷¹ Vgl. o.V.: Gasprom droht Weißrussland mit höheren Gaspreisen; in: Spiegel Online, 30. März 2006; online im Internet: <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,408893,00.html>>.

⁷² Vgl. Timmermann, Heinz: Die EU und die »Neuen Nachbarn« Ukraine und Belarus, a.a.O., S. 16.

⁷³ Pan`koŭski, Sjarhej: Minsk – das Vierte Rom?, a.a.O., S. 9.

⁷⁴ Ebd., S. 9.

⁷⁵ Vgl. Lindner, Rainer: The Lukashenka Phenomenon; in: Margarita M. Balmaceda/ James I. Clem/ Lisbeth L. Tarlow (Hrsg.): Independent Belarus. Domestic Determinants, Regional Dynamics, and Implications for the West, Cambridge (Massachusetts), 2002, S. 77-108, hier S. 99.

⁷⁶ Vgl. Lindner, Rainer: Selbstisolierung von Belarus. Konflikte mit Polen und anderen Nachbarstaaten als Sicherheitsproblem der EU (SWP-Aktuell, Nr. 43, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, September 2005, S. 1f und ders.: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 13 und 20f.

Drohkulisse aufzubauen und seine Isolationspolitik zu rechtfertigen. Zwar sieht das Regime derzeit größere Gefahren aus dem Ausland als von der immer noch strukturschwachen Opposition. Ukrainische Studenten, litauische Intellektuelle oder Initiativgruppen der polnischen Minderheit im Land erfahren eine Stigmatisierung als „fünfte Kolonne“ des Westens und der NATO.⁷⁷ Dennoch steckt dahinter auch die Befürchtung, dass die westlichen Nachbarn zur weiteren Stärkung und Einigung der inländischen Opposition beitragen.⁷⁸

Ein Großteil der Bevölkerung sitzt der belarussischen Propaganda auf, wonach Belarus ein solches „Chaos“ wie in Kiew erspart bleiben müsse,⁷⁹ aber gleichzeitig steht die Mehrheit der Bevölkerung der EU und dem Westen – trotz Informationsblockade und Propaganda – positiv gegenüber.⁸⁰

2.2 VERFASSUNGSRECHTLICHE KOMPETENZEN UND INNENPOLITISCHE GEGENSPIELER

Aus den ersten Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit am 10. Oktober 1994 ging der zuvor eher unbekannt Kandidat Alexander Lukaschenko überraschend als Sieger hervor. In der Folgezeit riss der neue Präsident im Streit mit dem Obersten Sowjet etliche Befugnisse und Kompetenzen an sich und bündelte nahezu alle wichtigen institutionellen und materiellen Machtressourcen. Die nur drei Monate vor der Präsidentschaftswahl in einer neuen Verfassung verbrieften verfassungsrechtlichen Kompetenzen der Legislative wurden sukzessive abgebaut.⁸¹ Die Vollmachten des Staatsoberhauptes sind selbst für ein präsidentielles Regierungssystem enorm und begründen seine Vormachtstellung gegenüber den anderen Verfassungsorganen. Politik betreibt er vorwiegend mittels Präsidialdekreten,

⁷⁷ Vgl. Rainer Lindner: Selbstisolierung von Belarus, a.a.O., S. 2.

⁷⁸ Vgl. ders.: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 21.

⁷⁹ Vgl. ders.: Selbstisolierung von Belarus, a.a.O., S. 3.

⁸⁰ Vgl. ders.: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 13.

⁸¹ Auf die langwierige und kontroverse Verfassungsentwicklung und die unterschiedlichen Ansichten der im Obersten Sowjet vertretenen Parteien kann an dieser Stelle aus Platzgründen leider ebenso wenig eingegangen werden wie auf den machtpolitischen Verfassungskonflikt zwischen Lukaschenko und dem Parlament seit Antritt seiner Präsidentschaft sowie auf einen Vergleich der Kompetenzen von Legislative und Präsident in den Verfassungen von 1994 und 1996. Für weitere Informationen vgl. u.a. Lorenz, Astrid: Der Unwille zur Macht – das belarussische Parlament; in: Susanne Kraatz/ Silvia von Steinsdorff (Hrsg.): Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa, Opladen 2002, S. 293-315; Sahm, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime, a.a.O.; Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O.; Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung (Kapitel 3.1.4. Präsidentielle Regierungssysteme: das Beispiel Weißrußland, S. 462-469), Opladen 1999 und Sahm, Astrid: Schleichender Staatsstreich in Belarus. Hintergründe und Konsequenzen des Verfassungsreferendums im November 1996; in: Osteuropa, Heft 5, 47. Jg., Mai 1997, S. 475-487.

manipulierten Wahlen und geschickt ausgewählten Referenden. Oppositionellen Akteuren ließ das Regime anfangs noch begrenzte Freiräume, die aber zusehends schwanden. Die Repressionen richteten sich gegen Parteien, Gewerkschaften, Medien, Nichtregierungsorganisationen, aber auch gegen die Mitglieder des eigenen Herrschaftsapparats. Die Herausbildung eines alternativen Machtpotentials sollte damit verhindert werden.

Der Staatspräsident der Republik Belarus ist das Oberhaupt des Staates und der ausführenden Gewalt sowie „Garant der Souveränität und Sicherheit“ im Land (Art. 95). Laut Artikel 84 der belarussischen Verfassung setzt er Referenden und Wahlen an, kann beide Parlamentskammern auflösen, ernennt mit Zustimmung des Rates der Republik den Vorsitzenden des Verfassungsgerichts, weitere hohe Richterposten und den Chef der Nationalbank sowie der Wahlkommission, die er auch wieder entlassen kann. Sechs Richter des Verfassungsgerichtes ernennt er eigenmächtig. Mit Zustimmung der Repräsentantenkammer ernennt er den Premierminister, ernennt und entlässt die Regierung und bildet und reorganisiert die Präsidialadministration. Er hat die Erlaubnis, sich mit regelmäßigen Botschaften ans Volk und mit Jahresbotschaften an beide Kammern zu wenden. Er ist zudem berechtigt, an der Parlamentsarbeit teilzunehmen und hat dort uneingeschränktes Rederecht. Bei den Regierungssitzungen kann er den Vorsitz einfordern und die Tagesordnung festlegen. Zudem kann er eigene Vertreter für das Parlament nominieren, den Ausnahmezustand verfügen und ist berechtigt, einen Streik (für höchstens drei Monate) aufzuschieben. Er bildet und leitet den Sicherheitsrat, ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und verhängt bei Kriegsgefahr oder Überfall den Kriegszustand. Er kann Gesetze (oder einzelne Bestimmungen daraus) an die Repräsentantenkammer zurückweisen und darf Akte der Regierung und Beschlüsse örtlicher Sowjets aufheben. Kurioserweise entscheidet der Präsident auch über die Verleihung der Staatsbürgerschaft, die Gewährung von Asyl und setzt Nationalfeiertage fest.⁸²

Diese und weitere hier nicht aufgeführte Vollmachten zeigen, dass der belarussische Präsident Kompetenzen wie in keinem anderen europäischen Land besitzt. De jure und de facto ist der Präsident Alleinherrscher in seinem Land und dominiert die anderen Verfassungsorgane.⁸³ Von Gewaltenteilung und einem System von checks and balances hält Lukaschenko wenig: „Ich bin nicht absolut gegen die Gleichheit von Legislative, Judikative und Exekutive, doch in

⁸² Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 16f und Roggemann, Herwig (Hrsg.): Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern (Quellen zur Rechtsvergleichung), Berlin 1999.

⁸³ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 14.

jedem Staat muß es einen Kern geben, einen Stamm, aus dem diese Gewaltenflügel wachsen. Und dieser Stamm ist das Staatsoberhaupt.“⁸⁴ Folgerichtig werden die Staatsgewalten auch von ihm zurechtgestutzt und kontrolliert. Die in der Verfassung von 1994 garantierte Gewaltenteilung wurde im Zuge der verfassungsrechtlichen Änderungen 1996 durch einen „als Referendum getarnten Staatsstreich“ ausgehebelt.⁸⁵

Am 24. November 1996 machte der Präsident von seinem Recht Gebrauch, dieses umstrittene Referendum zur Änderung der Verfassung anzusetzen. Es hatte eine deutliche Beschneidung der legislativen Gewalt in allen Bereichen zur Folge. Während in der Verfassung von 1994 der Oberste Sowjet noch als alleiniges Gesetzgebungsorgan auftrat, bekam der Präsident 1996 ein eigenständiges Gesetzgebungsrecht zugesprochen. Er besitzt seitdem neben den beiden Kammern, der Regierung und 50.000 Wahlberechtigten das Initiativrecht (Art. 99,1). Allerdings müssen Gesetze, die den Staatshaushalt betreffen, vom Präsidenten abgesehnet werden, um sie ins Parlament einbringen zu können (Art. 99,2). Der Präsident kann jederzeit einen Gesetzesentwurf für vordringlich erklären und über Gesetze auch „en bloc“ abstimmen lassen. Seit 1997 stellt er zudem per Erlass so genannte Jahrespläne auf, die die im Jahresverlauf zu behandelnden Gesetze enthalten. Diese darf das Parlament anschließend bestätigen. Änderungsanträge werden nur beraten, wenn sie von ihm oder der ihm gegenüber loyalen Regierung stammen. (Art. 99,3 u. 4). Sollte trotz dieser Restriktionen ein Gesetz verabschiedet werden, das dem Staatsoberhaupt missfällt, kann er die Ausfertigung und den Text gemeinsam mit seinen Anmerkungen zur erneuten Beratung zurückweisen. Sein suspensives Veto kann allenfalls mit einer Zweidrittel-Mehrheit in beiden Kammern aufgehoben werden (Art. 100,6-8).⁸⁶ Dieser Fall tritt aber nie ein, da ihm auch das Parlament treu ergeben ist.

Es stehen ihm aber noch weitere Methoden zur Verfügung, um seine Politik durchzusetzen. Artikel 85 der Verfassung regelt die Anwendung von Erlassen, Verfügungen und Dekreten. Dekrete sind den förmlichen Gesetzen gleichgestellt, ihr Erlass setzt ein Ermächtigungsgesetz voraus, das dem Präsidenten für einen zeitlich und thematisch befristeten Rahmen die Gesetzesinitiative überlässt (Art. 101,1 u. 2). Er kann aber auch ohne solch ein Gesetz Dekrete verkünden, wenn nicht näher definierte „besondere Erfordernisse“ vorliegen. Diese Gesetze müssen innerhalb von drei Tagen vom Parlament gebilligt werden. Sie bleiben solange in Kraft, bis sie mit Zweidrittel-Mehrheit in beiden Kammern widerrufen werden. Mittlerweile beschränkt sich die Arbeit des Parlaments fast nur noch auf die nachträgliche

⁸⁴ Sahn, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime, a.a.O., S. 133.

⁸⁵ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentenschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 14.

⁸⁶ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 447ff.

Legitimation von Präsidialdekreten.⁸⁷ Die exzessive Ukasokratie des Präsidenten lässt kaum noch Spielraum für die Legislative und nimmt einen äußerst dirigistischen Charakter ein.⁸⁸

Ein weiteres gebräuchliches Mittel ist die Anberaumung von Referenden. Schon die alte Verfassung enthielt dazu weitreichende Möglichkeiten, die unverändert in die neue Verfassung von 1996 übernommen wurden, jedoch wurden die Modalitäten der Durchführung geändert. Die Federführung obliegt seitdem dem Präsidenten, der nach eigener Initiative und auf Vorschlag der Mehrheit in beiden Kammern oder aber auf Antrag von 450.000 Wahlberechtigten ein Referendum ansetzen kann (Art. 74). Dieses Recht versuchte die Bevölkerung aber nur ein einziges Mal durchzusetzen. Die demokratische Opposition wollte 1992 auf diese Weise vorzeitige Neuwahlen erzwingen, was vom Obersten Sowjet jedoch unter nicht ersichtlichen Vorwänden abgelehnt wurde. Lukaschenko macht von seinem Recht indes regen Gebrauch.⁸⁹

Parallel zu drei Referendumsfragen über eine „Rückkehr zu alten Sowjetzeiten“ (siehe auch Kapitel 2.1.1) wurde 1995 auch über den Wunsch des Präsidenten nach einer Verfassungsänderung abgestimmt, die ihm das Recht zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments bei „schweren Verfassungsverstößen“ zubilligen sollte. Die Bevölkerung votierte mit 77,6 Prozent für diese Änderung.⁹⁰ Das Referendum spielte wegen dieses erheblichen Einschnitts in die Rechte der Legislative im Vorfeld eine erheblich größere Rolle als die parallel stattfindende Parlamentswahl.⁹¹

Aber erst das umstrittene Referendum zur Änderung der Verfassung vom 24. November 1996 (siehe oben) weckte im Ausland Interesse und Besorgnis und markierte die Fortsetzung der Errichtung eines autoritären Präsidialregimes ohne echte Gewaltenteilung.⁹² Nach offiziellen Angaben stimmten 70,5 Prozent der Wahlberechtigten bei einer Wahlbeteiligung von rund 84 Prozent für diese massive Verfassungsänderung. Nur 7,9 Prozent votierten für den Alternativentwurf des Parlaments. Die breite und tatsächlich vorhandene Zustimmung wurde allerdings durch die Manipulation der Wahlen unterstützt. Eine so starke Revision der Verfassung oblag gemäß Artikel 83,3 auch nur dem Obersten Sowjet, die Rahmenbedingungen waren demnach irregulär.⁹³ „Nach dem als Referendum „getarnten“ Staatsstreich wurde oft beklagt, die weißrussische Demokratie habe sich mit demokratischen Mitteln selbst abgeschafft. Die demokratische Legitimität dieser Volksabstimmung erscheint

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 447f und Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 464f.

⁸⁸ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 133.

⁸⁹ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 451.

⁹⁰ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 275.

⁹¹ Vgl. ebd., S. 268.

⁹² Vgl. Lorenz, Astrid: Der Unwille zur Macht – das belarussische Parlament, a.a.O., S. 303-306

⁹³ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 451f.

allerdings angesichts eines ungefestigten Institutionengefüges und der paternalistisch-autoritären politischen Kultur der ehemaligen Sowjetrepublik fragwürdig.⁹⁴

Die letzte Beschränkung für den Präsidenten fiel im Referendum vom 17. Oktober 2004. Die bisherige Verfassung sah maximal zwei fünfjährige Amtszeiten für den Präsidenten vor. Der Verfassungsartikel musste also in seinem Sinne geändert werden, um ihm eine unbeschränkte Amtszeit zu ermöglichen und zum „Diktator auf Lebenszeit“⁹⁵ emporzuschwingen. Das Referendum kam einer „Selbsternennung des Amtsinhabers“⁹⁶ gleich, der in einer pathetischen Fernsehansprache am 7. September folgende Worte wählte, um der Bevölkerung zu vermitteln, warum eine Änderung der Verfassung notwendig sei: „All diese Jahre trage ich dieses helle, kristallene Gefäß mit dem Namen Belarus vorsichtig und fürsorglich in meinen Händen vor mir her. Ich trage es in der Angst, es zu beschädigen, denn es ist sehr zerbrechlich und verletzlich. Nein, wir möchten nicht, daß diese Reinheit und von uns geschaffene Schönheit in die Hände eines verantwortungslosen, zufälligen Politikers fällt.“⁹⁷ Unabhängige Meinungsforschungsinstitute sahen keine Mehrheit für diese Verfassungsänderung. Die Ergebnisse sahen anders aus: Bei einer Wahlbeteiligung von 90,28 Prozent befürworteten 87,97 Prozent (das heißt 79,42% der Wahlberechtigten) die Frage im Sinne Lukaschenkos.⁹⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Präsident die Möglichkeit besitzt, über Referenden bestimmte politische Entscheidungen herbeizuführen, deren Durchsetzung auf dem parlamentarischen Gesetzgebungsweg durch ein Veto fraglich sein könnte. Seitdem er auch das Parlament auf seiner Seite hat, nutzt er die Referenden, um sich im direkten Dialog an das Volk zu wenden und als Landesvater aufzutreten.⁹⁹

Auch das Wahlgesetz kommt dem Machterhalt des Präsidenten zugute. In der Republik Belarus wird bei Parlamentswahlen das absolute Mehrheitswahlrecht angewendet. Zudem besteht ein nur schwer zu erfüllendes doppeltes Quorum. In jedem Stimmbezirk muss mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten abstimmen, damit die Wahl gültig ist. Gleichzeitig muss der Wahlkreisgewinner insgesamt mehr Stimmen auf sich vereinigen als alle anderen Kandidaten zusammen. Nach dem Wahlgesetz gilt das Parlament erst dann als funktionstüchtig, wenn zwei Drittel der Mandate besetzt werden.¹⁰⁰ Während auf dem Land penibel darauf geachtet wird, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, werden hingegen in der

⁹⁴ Ebd., S. 452.

⁹⁵ Schmid, Ulrich: Weissrussland auf dem Weg nach Osten; in: NZZ Internationale Ausgabe, Nr. 244, 225. Jg., 19. Oktober 2004, S. 3.

⁹⁶ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentenschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 5.

⁹⁷ <http://president.gov.by/print/rus/president/speech/2004/obr.html>; zitiert nach: Sahm, Astrid: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Belarus weiter auf Isolationskurs; in: Osteuropa, Heft 1, 55. Jg., Januar 2005, S. 77-90, hier S. 78.

⁹⁸ Vgl. Sahm, Astrid: Nach der Wahl ist vor der Wahl, a.a.O., S. 78.

⁹⁹ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 452.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 449f.

Stadt keine derartigen Maßnahmen ergriffen. Dies erklärt sich damit, dass es in Belarus eine Spaltung entlang der Stadt-Land-Linie und damit auch zwischen den Generationen gibt. Während die alte und ländliche Bevölkerung mehrheitlich für Lukaschenko stimmt, findet die demokratische Opposition unter der jungen urbanen Bevölkerung – vor allem Studenten und Intellektuellen in Minsk, Brest oder Grodno – ihre Wähler.¹⁰¹ Die hohe Wahlbeteiligung auf dem Land wird durch so genannte „fliegende Urnen“ sichergestellt. Die Mitglieder der Wahlkommission gehen dabei von Haus zu Haus und machen dabei unverhohlenen Propaganda für den von Lukaschenko bevorzugten Kandidaten beziehungsweise den Präsidenten selbst.¹⁰² Eine weitere Möglichkeit den gewünschten Kandidaten durchzubringen, ist die vom Wahlgesetz vorgesehene Möglichkeit der frühzeitigen Stimmabgabe. Die Wähler können bereits in den fünf Tagen vor dem eigentlichen Wahltermin ihre Stimme abgeben. Da in diesem Zeitraum der Wahlvorgang von den Beobachtern mangels personeller Ressourcen nicht angemessen zu überwachen ist, werden besonders vom Regime direkt abhängige Wähler wie Militärangehörige, Studenten und Staatsbedienstete unter Androhung von Exmatrikulation, dem Verlust des Wohnheimplatzes oder Entlassung zur frühen Stimmabgabe für Lukaschenko gedrängt. Durch die vorzeitige Abgabe bleibt dem Regime genug Zeit, die Stimmzettel auszutauschen.¹⁰³ An den Vorwahlen nahmen bei der letztjährigen Präsidentschaftswahl 31,3 Prozent der Wahlberechtigten teil, das sind mehr als doppelt so viele wie noch bei der vorherigen Wahl im Herbst 2001.¹⁰⁴

Die restriktiven Bestimmungen des Wahlgesetzes stellen eine zusätzliche Benachteiligung der Opposition dar und geben der Präsidentialadministration vielfältige Gelegenheit zum Missbrauch. Neben der fehlenden Präsenz der Opposition in den Medien (siehe Kapitel 2.4) ist es einzelnen Kandidaten bei der Parlamentswahl nicht erlaubt, mehr als 600.000 belarussische Rubel (ca. 50 US-Dollar) auszugeben. Materielle Unterstützung seitens Parteien, Unternehmen oder aus dem Ausland sind untersagt.¹⁰⁵ Für die Wahlkampagne dürfen ausschließlich Mittel aus dem Staatshaushalt verwendet werden. Auch die Anzahl und Größe der Werbeplakate oder die Veröffentlichung der Wahlprogramme in den Staatsmedien ist genau festgelegt. Offiziell soll so die Chancengleichheit aller Kandidaten gewährleistet sein. Zudem ist die Unabhängigkeit der Zentralen und der lokalen Wahlkommissionen nicht gewährleistet. Wahlbeobachtern aus westlichen Ländern wurde jahrelang die Arbeit erschwert oder gar verboten. Ihre Kollegen aus den GUS-Staaten attestieren der Regierung hingegen

¹⁰¹ Vgl. Sahn, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime, a.a.O., S. 137.

¹⁰² Vgl. Sahn, Astrid: Kein politischer Frühling in Belarus, a.a.O., S. 1029f.

¹⁰³ Vgl. Petrowskaja, Anna: Vorhersagbare Enttäuschung; in: Belarus-News, Nr. 15, Herbst 2001, S. 8f.

¹⁰⁴ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus, a.a.O., S. 2.

¹⁰⁵ Vgl. Sahn, Astrid: Kein politischer Frühling in Belarus, a.a.O., S. 1027.

regelmäßig freie und faire Wahlen.¹⁰⁶ Neben diesen „legalen“ Möglichkeiten, die Wahlen zu beeinflussen, greift das Regime auch auf Manipulationen zurück. Dies geschieht in Belarus systematisch. Eine Möglichkeit besteht in der oben beschriebenen Methode der vorzeitigen Stimmabgabe. Die Fälschung von Wahl- und Meinungsumfragen fällt ebenfalls in den Bereich der Manipulationen. Durch das Vorziehen der Präsidentschaftswahl unmittelbar nach der Kür Milinkewitschs zum Präsidentschaftskandidaten wurde die Opposition zudem mit der verkürzten Wahlvorbereitungszeit einer wesentlichen Ressource im Wahlkampf beraubt.¹⁰⁷

Da das Endergebnis einer Wahl meist schon im Vorhinein festgesetzt wird und nahezu den Vorgaben Lukaschenkos entspricht¹⁰⁸, wären derartige Manipulationen oder andere Schikanen eigentlich nicht notwendig. Sie dienen aber auch der Machtdemonstration und Einschüchterung.

Wahlen in Belarus sind „Wahlen ohne Wahl“.¹⁰⁹ Sie sind ausschließlich eine „ritualisierte Form der Selbsterneuerung“¹¹⁰. Trotz ihrer Chancenlosigkeit stellen sie für die Opposition dennoch eine der wenigen Möglichkeiten dar, mit den Wählern in Kontakt zu treten. Gleichzeitig besteht allerdings die Angst, die Wahlen bei einer Teilnahme zu legitimieren.¹¹¹

Mit der Legislative und der Judikative als Gegenspieler Lukaschenkos lohnt es sich nicht, näher zu beschäftigen. Das Parlament dient lediglich als „Dekorations- und Legitimationsorgan“¹¹², als „Taschenparlament des Präsidenten“¹¹³ und segnet während der beiden Sitzungsperioden im Jahr, die vom Präsidenten erwünschten Gesetze und Dekrete ab.¹¹⁴ Die Mandatsträger sind zudem persönlich und politisch von Lukaschenko abhängig. Das Verfassungsgericht war allenfalls 1994, in der parlamentslosen Zeit, ein ernstzunehmender Gegenspieler des Präsidenten und erklärte elf seiner Erlasse für verfassungswidrig.¹¹⁵ Von 1994 bis 1996 tauschte Lukaschenko daher alle unliebsamen Richter aus oder schüchterte sie massiv ein.¹¹⁶

Die potentiellen Gegenspieler Lukaschenkos muss man daher außerparlamentarisch beziehungsweise außerhalb der Verfassungsorgane suchen: Bei den oppositionellen

¹⁰⁶ Vgl. Lindner, Rainer/ Sahm, Astrid: „Dialog“ ohne Dialog vor „Wahlen“ ohne Wahl? Belarus' am Vorabend der Parlamentswahlen; in: Osteuropa, Heft 9, 50. Jg., September 2000, S. 991-1003, hier S. 992.

¹⁰⁷ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus, a.a.O., S. 2.

¹⁰⁸ Vgl. Sahm, Astrid: Nach der Wahl ist vor der Wahl, a.a.O., S. 82.

¹⁰⁹ Ebd., S. 998.

¹¹⁰ Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 8.

¹¹¹ Vgl. Lindner, Rainer/ Sahm, Astrid: „Dialog“ ohne Dialog vor „Wahlen“ ohne Wahl? , a.a.O, S. 1000.

¹¹² Lorenz, Astrid: Der Unwille zur Macht – das belarussische Parlament, a.a.O., S. 293.

¹¹³ Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 446.

¹¹⁴ Vgl. ebd.

¹¹⁵ Vgl. Sahm, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime, a.a.O., S. 135f.

¹¹⁶ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 460f.

(demokratischen) Parteien und der Zivilgesellschaft in Form von Nichtregierungsorganisationen.

Wichtigste Funktion der Parteien ist weniger die Gesetzgebung, sondern vielmehr die Oppositionspolitik gegen Lukaschenko. Faktisch wird der Begriff Partei als Synonym für Opposition gebraucht. Die oft aufgestellte Gleichung, wer gegen Lukaschenko ist, ist auch für demokratische Reformen, geht allerdings keineswegs immer auf. Die Opposition ist höchst heterogen und programmatisch nicht immer an Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit orientiert.¹¹⁷ Die demokratische Opposition teilt zwar viele gemeinsame Positionen, wie die Abschaffung des autoritären politischen Systems unter Lukaschenko, weiterhin eine Reform des Wahlgesetzes, eine Neuausrichtung der Wirtschaft und Sozialpolitik, eine Beendigung der internationalen Isolation und eine ausbalancierte Außenpolitik.¹¹⁸ In der Frage der konkreten Ausgestaltung gibt es jedoch teils erhebliche Differenzen.

Im Präsidentschaftswahlkampf des vergangenen Jahres hat es die zuvor arg zerstrittene Opposition aber geschafft, sich weitgehend zu konsolidieren und ein Wahlbündnis zu schließen. Am 2. Oktober 2005 wurde Alexander Milinkewitsch vom „Kongress der demokratischen Kräfte“¹¹⁹, als Kandidat der so genannten Koalition „Fünf Plus“, für die Wahlen nominiert.¹²⁰ Milinkewitsch – 1947 in Grodno geboren, Doktor der Mathematik und Physik, mehrsprachig und parteilos – trat für das Ende der Herrschaft Lukaschenkos an, für eine Öffnung des Landes, eine ausgewogene Außenpolitik mit Russland und der EU und für die Verbesserung der Lebensbedingungen. Den Regierungswechsel wollte er aber keinesfalls über eine Revolution, sondern über einen ordentlichen Wahlsieg herstellen. Der zweite gegen Lukaschenko angetretene Kandidat, Alexander Kosulin, führte für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei „Hramada“ einen unabhängigen Wahlkampf. Der promovierte Mathematiker ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften und war vorher Abteilungsleiter im Bildungsministerium, Erster Stellvertreter des Ministers für Volksbildung und bis 2004 Rektor der Belarussischen Staatlichen Universität.¹²¹ Nachdem er beim Regime in Ungnade gefallen war, ging er in die Opposition, übernahm den Vorsitz der traditionsreichen

¹¹⁷ Vgl. Navumava, Svjatlana (Svetlana Naumova): Parteien ohne Macht. Harmlose Dornen im Auge der Autokratie; in: Astrid Sahn/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 31-38, hier S. 33 und Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 455.

¹¹⁸ Vgl. Navumava, Svjatlana: Parteien ohne Macht, a.a.O., S. 35.

¹¹⁹ Das Spektrum der Milinkewitsch unterstützenden Parteien reichte von den Kommunisten über Liberale bis zur nationalkonservativen Volksfront, vgl. Ludwig, Michael: Die gefährdete Einheit der Opposition; in: FAZ Online, 23. März 2006; online im Internet:

<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EC16259F589F74C2C97A6B474A58D33C6~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top>.

¹²⁰ Vgl. Imanow, Sergej: Ein Heer oppositioneller Kandidaten; in: Belarus-News, Nr. 28, Frühling 2005, S. 7f.

¹²¹ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 8ff.

„Hramada“ und verdrängte dort die bisherigen Führungsfiguren, darunter das erste Staatsoberhaupt des belarussischen Staates, Stanislaw Schuschkewitsch.¹²² Lukaschenko ließ ihn 2003 fallen, weil er bei den vorherigen Wahlen unter seinen Studenten nicht genügend Stimmen organisiert hatte.¹²³

Nach der manipulierten Wahl hatten die beiden unterlegenen Kandidaten die Gründung einer neuen Protestbewegung unter Einbeziehung aller demokratischen Parteien und Bewegungen verkündet. Die Zersplitterung der Vorjahre schien also zu einem großen Teil überwunden, dennoch bestand die Einheit nur vordergründig. Bereits am vierten Tag der Proteste in Minsk bekam das Bild der einig auftretenden Opposition Risse. Milinkewitsch und Kosulin traten zwar gemeinsam auf, waren aber keine wirklichen Verbündeten. Zum Streit kam es, als Kosulin die Menschen bei einer zentralen Kundgebung aufforderte, die bereits im Untersuchungsgefängnis sitzenden Regimegegner zu befreien. Milinkewitsch rief jedoch dazu auf, friedlich nach Hause zu gehen. Doch etwa 1000 Demonstranten folgten Kosulin. Unterwegs kam es zur erwarteten Konfrontation mit den Sicherheitskräften, zahlreiche Demonstranten, darunter auch Kosulin, wurden inhaftiert. Milinkewitsch kritisierte Kosulin anschließend scharf und warf ihm vor, mit seiner Provokation dem Regime in die Karten gespielt zu haben.¹²⁴

Auch wenn sich die Parteien trotz mancher Differenzen einigermaßen konsolidieren konnten, leiden sie doch unter erheblichen strukturellen Problemen. Die politischen Parteien in Belarus haben nur wenige Mitglieder und sind aus diesem Grund nicht sehr mobilisierungsfähig. Sie sind in organisatorischer Hinsicht schwach und verfügen über keine ausreichende finanzielle Basis. Die Restriktionen des Wahlgesetzes beschränken in erheblichem Maße ihre finanziellen Spielräume für politische Aktionen. Zudem haben sie kaum oder keinen Zugang zu den Medien. Sie genießen aber auch keinen besonders guten Ruf in der Bevölkerung. Oftmals erweist es sich für die Kandidaten deshalb als vorteilhafter, unabhängig bei den Wahlen anzutreten.¹²⁵ Hinzu kommt, dass die politischen Parteien aus dem Wahlprozess praktisch ausgeschlossen sind. Sie sind nicht in den Wahlkommissionen vertreten und ihre Rechte als Wahlbeobachter sind eingeschränkt. Da die regionalen und lokalen Organe der Exekutive in Belarus nicht gewählt, sondern durch die übergeordneten Organe eingesetzt

¹²² Vgl. Ludwig, Michael: Die gefährdete Einheit der Opposition, a.a.O.

¹²³ Vgl. Voswinkel, Johannes: Die Angst der Mächtigen. Weißrusslands Opposition droht radikaler zu werden; in: Die Zeit, Nr. 14, 61. Jg., 30. März 2006, S. 11.

¹²⁴ Vgl. o.V.: Lukaschenkos Innenminister wirft Opposition Mordkomplott vor; in: Spiegel Online, 26. März 2006; online im Internet: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,408012,00.html>>.

¹²⁵ Diese Praxis führt dazu, dass (Anfang 2004) von den 23.469 gewählten lokalen und regionalen Deputierten nur 257 Personen, also gerade einmal gut ein Prozent, einer Partei angehörten; vgl. Navumava, Svjatlana: Parteien ohne Macht, a.a.O., S. 33.

werden, können die Parteien nur schwer selbständig Kandidaten nominieren, da sowohl Partei-, als auch unabhängige Kandidaten 100.000 Unterschriften zu ihrer Registrierung benötigen. Darüber hinaus sind die legislativen Vertretungsorgane aller Ebenen realer Machtbefugnisse beraubt. Diese Situation beeinträchtigt den Aufbau einer sozialen Basis für alle politischen Parteien. (siehe auch *Kapitel 2.3*) Sie haben des Weiteren kein Recht auf Gesetzesinitiative, außerdem wird ihnen die Initiierung eines Referendums durch die Hürde von 450.000 Unterschriften erschwert. Nicht zuletzt sind die Parteien und ihre Aktivisten Druck und Repressionen ausgesetzt. Dies wirkt sich natürlich auch negativ auf ihren Mitgliederzulauf aus.¹²⁶ Um überhaupt eine Partei gründen zu dürfen, bedarf es zudem einer Mindestanzahl von 1000 Personen.¹²⁷

Bis jetzt haben es die Oppositionsparteien nur begrenzt verstanden, Allianzen zu bilden, zu einem wirklichen Konsens zu gelangen und nach außen Geschlossenheit zu signalisieren, um das Protestpotential im Land aufzugreifen. Die demokratischen Parteien müssten begreifen, dass sie nur gemeinsam erfolgreich sein werden und sich nicht einen Kampf um die spärlichen materiellen Ressourcen und insbesondere um Wähler liefern können. Gerade die Führer der Oppositionsparteien müssten lernen, konstruktiv zusammenzuarbeiten, jedenfalls so lange, bis das Primärziel – die Abwahl Lukaschenkos – erreicht ist.¹²⁸ „Die dringend notwendigen Reformen werden daher [nicht alleine, Anm. d. Verf.] von den heutigen Oppositionsparteien ausgehen. Vielmehr wird die Zivilgesellschaft wachsen und so auf lange Sicht eine „kritische Masse“ von Menschen entstehen, die ihren persönlichen Lebensentwurf mit einem anderen, einem demokratischen Belarus verbinden.“¹²⁹ Darunter fallen unter anderem Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Stiftungen, Wissenschaftler und Studenten, Kleinunternehmer und Mittelständler oder auch (politische) Emigranten.

Unterstützung holt sich die Opposition vor allem bei den NGOs, mit denen sie oftmals eng kooperiert. Diese können vergleichsweise leichter an staatliche Mittel gelangen und weisen zumeist einen höheren Professionalisierungsgrad als die Parteien auf, vor allem wenn sie mit ausländischen Organisationen zusammenarbeiten. In Zeiten heillos zerstrittener Oppositionsparteien war sogar davon die Rede, dass die NGOs die Parteien ersetzen

¹²⁶ Vgl. Feduta, Alexander/ Boguzkij, Oleg/ Martinowitsch, Wiktor: Politische Parteien in Belarus als notwendiger Bestandteil der Zivilgesellschaft: Seminardokumentation, Friedrich-Ebert-Stiftung, Minsk 2003; online im Internet: http://www.fes-open.by/Publik/Politische_Parteien_De.pdf.

¹²⁷ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 453.

¹²⁸ Vgl. Navumava, Svjatlana: Parteien ohne Macht, a.a.O., S. 31-38 und Lorenz, Astrid: Aufbruch aus der Talsenke? Belarus' an der Schwelle zum neuen Jahrhundert; in: Osteuropa, Heft 3, 50. Jg., März 2000, S. 249-263, hier S. 255.

¹²⁹ Vgl. Navumava, Svjatlana: Parteien ohne Macht, a.a.O., S. 38.

würden.¹³⁰ Doch mit zunehmender Politisierung und Polarisierung entdeckte Lukaschenko die NGOs als neues Feindbild und begann auch sie zu schikanieren.¹³¹ Sie sind mittlerweile dem Generalverdacht der politischen Opposition ausgesetzt¹³² und müssen ihren Sitz in öffentlichen Gebäuden beziehen, Privatwohnungen können daher nicht mehr als Registrierungsanschrift angegeben werden.¹³³ Zudem müssen sich die NGOs in regelmäßigen Abständen immer wieder neu bei den Behörden registrieren lassen, oft wird ihnen dabei die Weiterarbeit untersagt.¹³⁴

2.3 PRÄSIDENTIELLE MACHTVERTIKALE

Um die anderen Verfassungsorgane zu entmachten, stützt sich der Präsident auf drei zentrale Herrschaftsinstrumente: seine Präsidialadministration, die Sicherheitskräfte und die so genannte „präsidientielle Machtvertikale“.

Der Präsidialapparat kontrolliert die staatliche Administration und dupliziert die Funktionen des Ministerrates.¹³⁵ Er ist den Ministerien personell und materiell aber weit überlegen. „Without his machinery, Lukashenka would be incapable of political action. Since 1994, he has created a state within the state in the form of the presidential office, which is the hub of government and holds the sole authority to set guidelines. He calls his administration the “think tank“ (*mozgovnyi tseñtr*) of his presidential leadership.“¹³⁶

Über die präsidientielle Machtvertikale sichert sich Lukaschenko dazu die Kontrolle in allen Regionen, indem er die Exekutiven durch eine auf persönlicher Ernennung beruhende hierarchische Struktur bestimmt. Sie werden von ihm direkt ernannt und bei Bedarf auch jederzeit wieder abgesetzt.¹³⁷ Die Leiter der regionalen Exekutivorgane wiederum ernennen die lokalen Verwaltungschefs, so dass alle Vertreter der Exekutive in den Regionen und Kommunen dem Präsidenten gegenüber direkt oder zumindest indirekt persönlich verantwortlich sind. Das System orientiert sich an der sowjetischen zentralistischen Tradition. Die präsidientielle Machtvertikale wurde im Oktober 1994 durch die Neufassung des Gemeindeverwaltungsgesetzes eingeführt und nach dem Referendum von 1996 massiv

¹³⁰ Vgl. Sahn, Astrid: Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung, a.a.O., S. 106-110.

¹³¹ Vgl. dies.: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidialen Regime, a.a.O., S. 146.

¹³² Vgl. dies.: Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung, a.a.O., S. 106.

¹³³ Vgl. dies.: Nach der Wahl ist vor der Wahl, a.a.O., S. 88f.

¹³⁴ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 304.

¹³⁵ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 320.

¹³⁶ Lindner, Rainer: The Lukashenka Phenomenon, a.a.O., S. 101f.

¹³⁷ Vgl. Dix, Detlef: Kommunale Selbstverwaltung in der Republik Belarus'; in: Belarus-News, Heft 3, 1998, S. 6ff; zitiert nach: Sahn, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidialen Regime, a.a.O., S. 133.

ausgebaut. Die Organisation und der Ausbau der Verwaltung erfolgten jedoch ohne wirklich klare rechtliche Grundlage.¹³⁸

Der Sicherheitsapparat besteht aus Truppen des Innenministeriums, der persönlichen Leibgarde Lukaschenkos und Mitarbeitern des Geheimdienstes, der dem Präsidenten direkt untersteht und in Reminiszenz an vergangene Sowjetzeiten immer noch KGB heißt. Dieser Sicherheitsapparat übersteigt bei weitem die Größe und das Budget der belarussischen Armee.¹³⁹ „Den Sicherheitsdiensten kommt vor allem deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil der Staatschef sich stets von inneren und äußeren Feinden umgeben wähnt und ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis verspürt. Die Truppen des KGB und des Innenministeriums sowie die persönliche Leibgarde des Präsidenten sind auf 120.000 Mann angewachsen, während die Armee aus finanziellen Gründen auf 70.000 Soldaten reduziert wurde.“¹⁴⁰ So kommt auf etwa 80-85 Einwohner des Zehnmillionenvolkes ein Polizist, Milizionär oder KGB-Spitzel.¹⁴¹ „Alexander Lukaschenko liebt die Weißrussen, sagt er, doch so ganz traut er ihnen nicht.“¹⁴²

Finanziert werden die drei Herrschaftsapparate durch den Verkauf staatlicher Immobilien, die Verpachtung von Staatsland, die Gewährung von Lizenzen und undurchsichtige Import-Export-Geschäfte. Sie verfügen unkontrolliert über Finanzmittel in der Höhe von mehreren Milliarden Euro, die nicht näher spezifiziert sind.¹⁴³

In der Personalpolitik dominieren Nepotismus und Klientelismus. Ernennungen erfolgen vor allem nach Kriterien persönlicher Loyalität.¹⁴⁴ Seine Mitarbeiter rekrutiert Lukaschenko vornehmlich aus ehemaligen KP-Kadern, KGB-Leuten und der untergeordneten Partei- oder Wirtschaftsbürokratie, dazu gesellt sich eine Reihe von Technokraten.¹⁴⁵ Lukaschenko verfolgt eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“: Er sichert sich die Unterstützung seiner Mitarbeiter beispielsweise durch Beförderungen, Lohnerhöhungen, Lobreden, der Verbesserung der Ausrüstung für Armee und Polizei, Prestigeobjekte wie Dienstwagen und diverse andere Zuwendungen.¹⁴⁶ Ferner sind viele Parlamentarier von Lukaschenko persönlich abhängig. Sie arbeiten in der Präsidialverwaltung, den staatlichen Behörden, der Polizei, bei der Armee, dem KGB oder sind Leiter eines landwirtschaftlichen oder staatlichen

¹³⁸ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 440 und 461f.

¹³⁹ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., hier S. 319.

¹⁴⁰ Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 440.

¹⁴¹ Vgl. Staack, Michael: Schlußlicht bei den demokratischen Freiheiten; in: Die Zeit, Nr. 49, 52. Jg., 28. November 1997, S.16.

¹⁴² Thumann, Michael: Süßer die Gläser nie klingen, a.a.O.

¹⁴³ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 319 und Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 440.

¹⁴⁴ Vgl. Sahn, Astrid: Nach der Wahl ist vor der Wahl, a.a.O., S. 89f.

¹⁴⁵ Vgl. Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a.a.O., S. 319f.

¹⁴⁶ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 256.

Betriebes.¹⁴⁷ „Die Leute sind in diesem Land, in dem 80 Prozent der Arbeitsplätze staatlich sind, erpressbar.“¹⁴⁸ Diese Personen werden Lukaschenko so lange unterstützen, „wie er ihre Machtposition auf allen Ebenen der vertikalen Linie garantiert. Aber sie werden ihn verraten, [...] sollten sich die Umstände ändern: entweder zugunsten demokratischer Kräfte oder zugunsten eines anderen möglichen Siegers. [...] Die Gefahr einer internen Konspiration ist sehr gering, da Lukašenka sie fürchtet. [...] Die Mitarbeiter Lukašenkas mögen ihn nicht, fürchten ihn gar und unterstützen ihn daher.“¹⁴⁹ Auf die Furcht vor seinem eigenen Umfeld und die Nervosität des Regimes weisen der kontinuierliche Ausbau seines Sicherheitsapparats sowie die zahlreichen Personalwechsel hin.¹⁵⁰ Die permanenten Personalrotationen sollen Netzwerke und Richtungskämpfe innerhalb der eigenen Reihen verhindern.¹⁵¹ Lukaschenko sucht zudem auffällig schnell bei politischen Fehlern die Schuld bei anderen und entlässt deshalb häufig führende Leute, insbesondere den Premierminister.¹⁵²

Wer im Apparat Protest äußert oder gar politische Ambitionen erkennen lässt, wird drangsaliert, entlassen oder eingesperrt. Als Warnung an Wankelmütige wurde zum Beispiel der ehemalige Botschafter und frühere Außenwirtschaftsminister Michail Marinitsch im letzten Jahr zu fünf Jahren Haft verurteilt. Der Politiker schlug sich 2001 auf die Seite der Opposition und versuchte, sich als Präsidentschaftskandidat zu registrieren. Im April 2004 wurde er medienwirksam festgenommen. Fahnder entdeckten in seiner Garage mehrere Computer und Telefone, die er aus US-Fonds erhalten hatte und bei sich zuhause aufbewahrte. Die Anklage lautete auf Computerdiebstahl und Veruntreuung.¹⁵³ Andere verloren ihre Arbeit oder ihren Studienplatz, sitzen für mehrere Jahre im Gefängnis ein oder müssen Strafarbeiten verrichten.¹⁵⁴ Teilweise bestraft Lukaschenko „Insider“ aus reiner Willkür, um Außenstehende abzuschrecken.¹⁵⁵

Auffällig ist in Belarus das weitgehende Fehlen von Korruption in Form persönlicher Vorteilsnahme. Diese Art der Korruption wurde allerdings durch eine persönliche Korruption der Machtteilhabe unter Wohlwollen des Präsidenten ersetzt.¹⁵⁶

¹⁴⁷ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands, a.a.O., S. 442.

¹⁴⁸ Aussage von Manfred Grund, CDU-Bundestagsabgeordneter und Wahlbeobachter; zitiert nach: Reimann, Anna: Der Pate von Minsk, in: SPIEGEL ONLINE, 18. März 2006; online im Internet: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,406193,00.html>>.

¹⁴⁹ Karol', Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus', a.a.O., S. 118.

¹⁵⁰ Vgl. Sahn, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidentialen Regime, a.a.O., S. 147.

¹⁵¹ Vgl. Lindner, Rainer/ Sahn, Astrid: „Dialog“ ohne Dialog vor „Wahlen“ ohne Wahl?, a.a.O., S. 1001.

¹⁵² Vgl. Marples, David R.: Bac`ka Lukašenka, a.a.O., S. 22.

¹⁵³ Vgl. Kunter, Björn: Fünf Jahre Haft für sechs Computer; in: Belarus-News, Nr. 27, Frühling 2005, S. 10 und Voswinkel, Johannes: Die Angst der Mächtigen, a.a.O.

¹⁵⁴ Vgl. Voswinkel, Johannes: Knüppelhart, a.a.O.

¹⁵⁵ Vgl. Tretjuk, Asja: Land der Kriminellen, a.a.O.

¹⁵⁶ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 15.

2.4 AUTORITÄRE HERRSCHAFTSMETHODEN

Um seine Macht zu sichern und oppositionelle Bewegungen auszuschalten, greift Präsident Lukaschenko auf eine Fülle von autoritären Herrschaftsmethoden zurück. Als Instrumente dienen ihm die Einschüchterung, Kriminalisierung und Drangsalierung aller Ansätze pluralistischer und oppositioneller Artikulationen, die Kontrolle der Medien, damit einhergehende Propaganda und Populismus und ferner sein Image als umsorgender Landesvater.

In Belarus existiert eine systematische Strategie der Einschüchterung und Repressionen sowie eine autoritäre politische Kultur, die mit polizeistaatlichen Herrschaftsmethoden durchgesetzt wird. Betroffen sind oppositionelle Gruppen, Medien, NGOs, Studenten oder Gewerkschaften, aber auch Kritiker und politisch Ambitionierte aus den eigenen Reihen. Auf sie wird permanent politischer Druck ausgeübt. Das Spektrum reicht von der ständigen Kontrolle über willkürliche Verhaftungen bis hin zu Misshandlungen und überharten Einsätzen der Polizei oder Überfälle durch Schlägerkommandos der Sicherheitsorgane.¹⁵⁷ Oppositionsgruppen werden vom Geheimdienst überwacht und ihre Arbeit behindert. Büros werden in regelmäßigen Abständen durchsucht, Wahlwerbung und Materialien konfisziert, Genehmigungen für Kundgebungen häufig verweigert und Oppositionsaktivisten festgenommen.¹⁵⁸

In Belarus kommt es vereinzelt auch zu politischen Morden. Zu „Staatsfeinden“ erklärte Personen verschwinden spurlos. Diese Methode wurde zunächst an der belarussischen Mafia erprobt. Unter ungeklärten Umständen verschwanden 1998 gleich mehrere Chefs organisierter krimineller Banden. Dann ging man dazu über, auf diese Weise auch gegen politische Gegner Lukaschenkos vorzugehen.¹⁵⁹ Sie werden aber nicht nur durch Repressionen mit teils gewaltsamen Mitteln eingeschüchtert, sondern auch durch eine Kriminalisierung ihrer Tätigkeiten. Durch eine Änderung des Strafgesetzbuches kann nun beispielsweise die Teilnahme an Aktivitäten verbotener Organisationen mit Strafen von bis zu drei Jahren belegt werden. Oppositionelle, die Kontakt zum Ausland aufnehmen, müssen wegen „Diskreditierung der Republik Belarus“ Haftstrafen von bis zu zwei Jahren riskieren.¹⁶⁰ In unfairen Gerichtsverfahren werden sie oft zu unverhältnismäßig hohen Geld- und Haftstrafen

¹⁵⁷ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands (Belarus), a.a.O., S. 455.

¹⁵⁸ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus, a.a.O., S. 2.

¹⁵⁹ Vgl. Scheremet, Pawel: Sieg um jeden Preis. Wahl in Weißrussland: Lukaschenko muss gewinnen, sonst ist er verloren. Entsprechend skrupellos sind seine Methoden; in: Die Zeit, Nr. 37, 56. Jg., 6. September 2001, S.7 und Lorenz, Astrid: Aufbruch aus der Talsenke?, a.a.O., S. 256ff.

¹⁶⁰ Vgl. Beckmann, Stefanie/ Prestin, Heike: Im Land des Patriarchen; in: ai journal, Nr. 5/06, S. 20ff, hier S. 20.

verurteilt. Nur etwa zwei Prozent aller Verfahren enden mit der Freisprechung der Angeklagten. Heute sitzen in Belarus etwa 100.000 Insassen in Untersuchungshaft und Strafvollzugsanstalten – bei nur 10 Millionen Einwohnern. Unter Mithilfe der Justiz und dem aufgeblähten Sicherheitsapparat verwandelt Lukaschenko Belarus mit seiner restriktiven Politik in ein Land von „Kriminellen“.¹⁶¹

Auch die Todesstrafe wird nach wie vor angewendet. Belarus ist damit der einzige europäische Staat, der an der Todesstrafe festhält und zum Tode Verurteilte hinrichten lässt. Daten über ihre Verhängung und Vollstreckung gelten allerdings als Staatsgeheimnis. Die Prozesse finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und die Geheimhaltung geht so weit, dass Angehörige weder über den Zeitpunkt noch über den Ort der Hinrichtung in Kenntnis gesetzt werden. Nach eigenen Angaben hat Präsident Lukaschenko seit seinem Amtsantritt im Jahr 1994 lediglich einem Gnadengesuch stattgegeben.¹⁶² Der Bevölkerung soll durch diese Mittel einerseits Entschlossenheit bei der Verbrechensbekämpfung und Sicherheit signalisiert werden, andererseits sollen zugleich die politischen Gegner abgeschreckt werden.

Auch vor der Präsidentschaftswahl im vorherigen Jahr wurde die Opposition massiv eingeschüchtert. Der Geheimdienstchef Suchorenko kündigte an, dass Personen, die versuchen sollten, „die Lage zu destabilisieren“ als Terroristen eingestuft werden und dieses Vergehen mit der Todesstrafe geahndet werden kann.¹⁶³ Der Präsident wählte noch drastischere Worte: „Gott bewahre, dass einer von ihnen versuchen sollte, etwas in unserem Land anzustellen. Wir werden ihm sofort den Kopf abreißen, wie einem Entchen.“¹⁶⁴ Schon im Vorfeld der Wahl wurden 300 Regimegegner verhaftet, darunter einige offizielle Mitarbeiter des Wahlkampfstabes Milinkewitschs.¹⁶⁵

Angesichts der Präsenz internationaler Wahlbeobachter und der verstärkten medialen Aufmerksamkeit vermied das Regime aber zunächst den Einsatz von Gewalt gegen die Demonstranten. Stattdessen setzte eine Informationsblockade ein, die die Protestbereitschaft möglichst gering zu halten versuchte.¹⁶⁶

Nachdem die anfängliche Strategie scheiterte, reagierte das Regime mit Gewalt und löste die Proteste auf. Zahlreiche Demonstranten wurden festgenommen. Vor Gericht lautete die Anklage meistens auf Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration oder

¹⁶¹ Vgl. Tretjuk, Asja: Land der Kriminellen, a.a.O.

¹⁶² Vgl. amnesty international, Sektionskoordinationsgruppe gegen die Todesstrafe: Europa – Ein Kontinent ohne Todesstrafe?, o.O., Dezember 2005.

¹⁶³ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus, a.a.O., S. 2.

¹⁶⁴ o.V.: Lukaschenko will Ausländern „wie Entchen den Kopf abreißen“; in: Spiegel Online, 18. März 2006; online im Internet: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,406751,00.html>>.

¹⁶⁵ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 10.

¹⁶⁶ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus, a.a.O., S. 3.

Vandalismus. Über 300 Personen wurden in Schnellverfahren zu Haftstrafen verurteilt. Sie hatten keine Chance auf Verteidigung oder die Anhörung von Zeugen. Die Prozesse fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.¹⁶⁷

Seit den Demonstrationen stehen vor allem die Studenten als Zielgruppe im Visier der Behörden. Studenten und auch Professoren, die sich regimekritisch äußern, müssen mit ihrem Rauswurf aus der Universität rechnen. Der Studentenaustausch wird weiter erschwert und nur ausgewählte belarussische Studenten dürfen zum Studieren ins Ausland gehen.

Insgesamt ist in den letzten Jahren eine erhöhte Repressivität des Regimes festzustellen. Es agiert und reagiert zunehmend nervöser und aggressiver.¹⁶⁸

Neben Einschüchterung, Gewalt und Manipulationen beruht Lukaschenkos Herrschaft auch auf Populismus, Propaganda und Paternalismus. Der Präsident agiert als talentierter Populist und Demagoge. Er versteht es, Menschen zu indoktrinieren und für seine Politik zu vereinnahmen. So verspricht er der belarussischen Bevölkerung all das, was sie nach dem Zerfall der Sowjetunion hören wollte: Stabilität, Sicherheit, Ordnung, Gerechtigkeit, Bekämpfung von Korruption und internationalem Kapitalismus und Kampf für die slawische Einheit. Seine teils primitiven Losungen und seine Rhetorik sind für alle leicht verständlich und eingängig.¹⁶⁹ Lukaschenko erreicht so vor allem die ältere und ländlichere Bevölkerung, die einen Großteil seiner Wählerschaft ausmacht.

Seine immer noch erstaunlich hohen Popularitätsraten erklären sich unter anderem durch populistische Wahlgeschenke, wie Rentenerhöhungen oder kostenlose Nutzung aller Verkehrsmittel, der hohen Quote an Bediensteten im aufgeblähten Staatsapparat oder materiell vom Staat Abhängigen.¹⁷⁰

Die marode Staatswirtschaft, der fehlende Wohlstand und die internationale Isolation werden in der staatlichen Propaganda mit dem Verschulden anderer und der Existenz von inneren und äußeren Landesfeinden erklärt.¹⁷¹ Innenpolitische Fehler lastet Lukaschenko einseitig seinen Mitarbeitern an, entlässt sie nach Belieben und bringt lediglich Bauernopfer dar. Die offenkundige Taktik, durch persönliche Schuldzuweisungen gegen angeblich unfähige Akteure vorzugehen, lenkt von der eigenen politischen Verantwortung ab. Um sich selbst ins

¹⁶⁷ Vgl. Beckmann, Stefanie/ Prestin, Heike: Im Land des Patriarchen, a.a.O., S. 21.

¹⁶⁸ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 10.

¹⁶⁹ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 311-319 und Eigendorf, Jörg: Leben wie die Bettler; in: Die Zeit, Nr. 48, 51. Jg., 22. November 1996, S. 29.

¹⁷⁰ Vgl. Sahm, Astrid: Zustimmung mit Vorbehalt; in: Belarus-News, Nr. 15, Herbst 2001, S. 9.

¹⁷¹ Vgl. Scheremet, Pawel: Sieg um jeden Preis, a.a.O.

rechte Licht zur rücken, verdreht er Sachverhalte, reduziert sie unzulässig und greift auf persönliche Diffamierungen zurück.¹⁷²

Zur politischen Mobilisierung vertraut der Präsident auch auf die Aktivierung stereotyper Feindbilder und die Erzeugung künstlicher Gegensätze innerhalb der Bevölkerung.¹⁷³ In seiner simplen „Freund-Feind-Polarisierung“¹⁷⁴ werden immer neue Feindbilder konstruiert und als Quelle allen Übels propagiert: Mal findet er sie im Ausland – bevorzugt in der EU, der NATO oder den USA – dann sind es die revolutionären Bewegungen in der Ukraine. Im eigenen Land sind es wahlweise die Parteien, die NGOs, die Unternehmer oder generell die Opposition. „His myth is based on a constant “endangering“ of the country or his person by an “Public Enemy Number 1“ whose identity is subject to change.”¹⁷⁵

Um die Bevölkerung vor diesen Gefahren zu schützen, macht er sich das Bedürfnis vieler Belarussen nach einer starken und ordnenden Hand zunutze, die für Ordnung und Sicherheit im Land sorgt. Diese patriarchalischen Einstellungen sind aufgrund der autoritären Sowjetvergangenheit, des anschließenden politischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Zusammenbruchs vertrauter Strukturen und des Chaos’ in der Transformationsphase weit verbreitet. Dazu gehören konservative Wertvorstellungen, die Angst vor Freiheit und Wettbewerb, bestimmte Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit in Verbindung mit paternalistischen Werten.¹⁷⁶

Seit seinem Machtantritt geriert sich Lukaschenko als Volkspräsident und „liebender Vater“ aller Belarussen („Bac`ka“ bzw. „Batka“)¹⁷⁷, um die er sich sorgen und kümmern müsse, ohne sich dabei von konkurrierenden Organen und Institutionen hindern zu lassen. Sein Volk behandelt er wie kleine Kinder, die ständig der väterlichen Fürsorge bedürfen – autoritäre Erziehungsmethoden eingeschlossen. Durch die Bündelung der politischen Macht und aller materiellen Ressourcen in seinen Händen ist der Einzelne bei der Verteilung von materiellen und immateriellen Privilegien auf das Wohlwollen, die Anerkennung und die Geschenke Lukaschenkos und des Staates angewiesen.¹⁷⁸

Lukaschenko hat es in den ersten Jahren geschafft, weite Teile der Bevölkerung emotional und politisch zu mobilisieren, ohne große politische und wirtschaftliche Erfolge vorweisen zu können. Er garantiert dafür Ruhe, Sicherheit, Ordnung und eine gewisse wirtschaftliche

¹⁷² Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands (Belarus), a.a.O., S. 439.

¹⁷³ Vgl. Karol`, Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus’, a.a.O., S. 122.

¹⁷⁴ Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 321.

¹⁷⁵ Lindner, Rainer: The Lukashenka Phenomenon, a.a.O., S. 95.

¹⁷⁶ Vgl. Karol`, Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus’, a.a.O., S. 116.

¹⁷⁷ Vgl. Marples, David R.: Bac`ka Lukašënka, a.a.O.; Sambuk, Alexander: Spiel mit der Sehnsucht; in: Die Zeit, Nr. 50, 51. Jg., 6. Dezember 1996, S. 8 oder Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 15.

¹⁷⁸ Vgl. Marples, David R.: Bac`ka Lukašënka, a.a.O., S. 24.

Stabilität mit pünktlich ausgezahlten Löhnen und Renten, wenn auch auf niedrigem Niveau.¹⁷⁹

Die staatliche Propaganda und das populistische Agitationstalent des Präsidenten können den Mangel an realen Erfolgen aber auf Dauer nicht kompensieren. Dies ist ein weiterer Grund, warum das Regime zunehmend aggressiver gegen die aufbegehrende und für Unruhe sorgende Opposition vorgeht.

Als ein weiteres Herrschaftsinstrument ist schließlich noch die Kontrolle der Medien zu nennen, die ihm zur Verbreitung seiner Propaganda und der populistischen Agitation dienen. Sämtliche Medien sind in staatlicher Hand oder werden vom Staat kontrolliert und zensiert. Presse- und Meinungsfreiheit existieren in Belarus nur noch in erheblich eingeschränkter Form. Unabhängige kritische Zeitungen können nur noch im Ausland gedruckt und von dort reimportiert werden. Sie werden allerdings oft beschlagnahmt.¹⁸⁰ Zudem sind alle Druckerzeugnisse (mit einer Auflage von mehr als einem Exemplar!) der Zensur unterworfen. Wer in den Medien die „Ehre und Würde“ der Republik oder des Präsidenten verletzt, muss mit empfindlichen Strafen rechnen.¹⁸¹

Oftmals war Lukaschenko die Berichterstattung des russischen Fernsehens, das im größten Teil des Landes empfangen werden konnte, ein Dorn im Auge. Es bildete lange Zeit die einzige Masseninformatiionsquelle, die sich halbwegs der Gleichschaltung entziehen konnte und auch außerhalb der urbanen Zentren die Menschen erreichte. Der Empfang wurde deshalb massiv beschränkt.¹⁸² Die übrigen Programme sind schon vorher zur geforderten Hofberichterstattung übergegangen. Alle Anzeichen von kritischem Journalismus werden mit willkürlichen Schikanen (zum Beispiel kurzfristige Programmausfälle durch gezielte Stromausfälle oder angebliche Instandsetzungsarbeiten) bekämpft.¹⁸³ Die Medien sind zudem wirtschaftlich von der politischen Führung abhängig, zum Beispiel durch Subventionen, Druckerlaubnisse oder simple Dinge wie Papierzuweisungen.¹⁸⁴

Die Bürger nehmen über die Medien nur noch eine Regierungsinstanz wahr: Präsident Lukaschenko. Der Staatschef ist omnipräsent und besetzte im Präsidentschaftswahlkampf 85 Prozent der politisch relevanten Rundfunk- und Fernsehzeit. Die Gegenkandidaten Milinkewitsch und Kosulin erhielten jeweils nur zwei Prozent und hatten auch nur zweimal die Möglichkeit, in den landesweiten Medien aufzutreten. Die Staatsmedien waren sogar

¹⁷⁹ Vgl. Lindner, Rainer: The Lukashenka Phenomenon, a.a.O., S. 97.

¹⁸⁰ Vgl. Voswinkel, Johannes: Die Angst der Mächtigen, a.a.O.

¹⁸¹ Vgl. Staack, Michael: Schlußlicht bei den demokratischen Freiheiten, a.a.O.

¹⁸² Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands (Belarus), a.a.O., S. 459 und Sahn, Astrid: Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung, a.a.O., S. 105f.

¹⁸³ Vgl. Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands (Belarus), a.a.O., S. 459 und Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, a.a.O., S. 63.

¹⁸⁴ Vgl. Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück?, a.a.O., S. 259.

angehalten, den Namen Milinkewitschs nicht zu erwähnen.¹⁸⁵ Beiträge über politische Konkurrenten werden zudem regelmäßig von konterkarierenden politischen Reportagen umrahmt, in denen sie als „Verbrecher“, „Homosexuelle“ oder „Chaoten“ denunziert werden.¹⁸⁶

Durch jahrelange einseitige Informationspolitik nimmt die Bevölkerung Nachrichten aus dem Westen meist nur noch als Tatsachen verzerrende Propaganda wahr. Viele Belarussen lässt der eingeschränkte Medienzugang auch gar nicht über einen Machtwechsel nachdenken. Ein großer Teil der Bevölkerung ist mittlerweile regelrecht entpolitisiert.¹⁸⁷

Zu einer alternativen Informationsquelle und einem bevorzugten Forum der Lukaschenko-Gegner hat sich jedoch seit einiger Zeit das Internet entwickelt. Da es aber nur zwei staatliche Provider im Land gibt, ist auch hier die Gefahr der Kontrolle groß.¹⁸⁸ Die USA und die EU versuchen außerdem, mit Hilfe von einstrahlenden Radiosendern Informationen und Demokratie ins Land zu bringen

3 EINORDNUNG DES POLITISCHEN SYSTEMS

Die bisherigen Ausführungen dieser Arbeit haben gezeigt, dass der Präsident in Belarus verfassungsrechtliche Vollmachten, wie in keinem anderen europäischen Land, besitzt. Allenfalls der russische Präsident kann sich annähernd mit dieser enormen Machtfülle messen. Zwar ist in der Verfassung das Amt des Premierministers vorgesehen, es ist aber faktisch irrelevant, da die Regierung dem Präsidenten untersteht und von ihm eingesetzt und abberufen wird. Die Regierung ist daher nur für die Ausführung der präsidentiellen Anordnungen zuständig, zeigt darüber hinaus aber keine eigene politische Initiative. Wenn man in Belarus von der Exekutive spricht, ist damit einzig und alleine der Präsident gemeint. Das Regierungssystem ist demzufolge eindeutig rein präsidentieller Natur. Durch die fehlende Gewaltenteilung im Land ohne legislatives Gegengewicht und ohne unabhängige Judikative ist der Präsident de jure und de facto Alleinherrscher im Land. „Es kristallisiert sich damit [...] noch stärker als in Rußland ein spezifisch postsowjetischer „Superpräsidentialismus“¹⁸⁹ heraus, der nicht nur durch demokratische Defekte – wie in Rußland – gekennzeichnet ist, sondern zunehmend Züge eines offenen cäsaristisch-plebiszitären Autoritarismus trägt, der

¹⁸⁵ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 10.

¹⁸⁶ Vgl. Sahn, Astrid: Die Medien im Wahlkampf: „Ein Mann-Theater“; in: Belarus-News, Nr. 15, Herbst 2001, S. 8.

¹⁸⁷ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 23.

¹⁸⁸ Petz, Ingo: Der Eisblock schmilzt; in: SZ, Nr. 74, 62. Jg., 29. März 2006, S. 13.

¹⁸⁹ Holmes, Stephen: Superpresidentialism and its Problems; in: East European Constitutional Review (2/3) 4/1, 1993/94, S. 123-126, o.A., zitiert nach: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 465.

seit 1996 die äußere Form einer „Präsidentendiktatur“¹⁹⁰ angenommen hat.“¹⁹¹ Spätestens mit dem Verfassungsreferendum von 1996 konnte man Belarus auch de jure nicht mehr als Demokratie bezeichnen, de facto war sie es mit Antritt der Herrschaft Lukaschenkos schon nicht mehr.¹⁹² Bereits vom Wortlaut her muss man die belarussische Verfassung also als demokratisch defizitär einordnen. Über die in der Verfassung verbrieften Kompetenzen hinaus bedient sich der Präsident aber weiterer illegitimer oder auch illegaler Methoden, um seine Herrschaft zu sichern und auszubauen. Das politische System unter Lukaschenko ist deshalb klar als autoritär zu bewerten.

Die Demonstrationen und Teilerfolge der Opposition nach den letztjährigen Präsidentschaftswahlen offenbarten jedoch gewisse Schwächen und eine anwachsende Nervosität des Regimes. Es agiert (beziehungsweise reagiert) zunehmend nervöser und aggressiver und weist dabei auch immer mehr totalitäre Züge auf.¹⁹³ Einige Autoren sehen aufgrund der Zunahme der autoritären Herrschaftsmethoden, kombiniert mit den dauerhaften Versuchen, eine an alte Sowjetzeiten orientierte staatliche Ideologie zu installieren, ein Abgleiten in totalitäre Strukturen.¹⁹⁴

Das System ist allerdings – auch wegen der historischen Bedeutung des Begriffs „totalitär“ – nicht als solches zu werten. Es ist richtig, dass das Regime versucht, sich über den Rückgriff auf einzelne Werte und Mentalitäten wie Patriotismus, Nationalismus oder die Beschwörung innerer und äußerer Feinde zu legitimieren. Dies geschieht aber weniger durch eine alle Lebensbereiche umfassende Staatsideologie, die als klassisches Merkmal totalitärer Systeme gilt. Die Weltanschauung des Staatspräsidenten wird auch nicht von der Bevölkerung in Gänze geteilt. In Belarus existieren durchaus noch gewisse kulturelle und politische Freiräume, auch wenn diese immer weiter abnehmen. Jedoch kann man mit Lindner und anderen Autoren übereinstimmen, dass das System erkennbare Ansätze totalitärer Tendenzen aufweist.¹⁹⁵ In Belarus fehlen dazu fast vollständig demokratische, freiheitliche und rechtsstaatliche Strukturen. Die Herrschaft Lukaschenkos und die seines superpräsidentiellen Regimes kann man deshalb als autoritäre Diktatur mit gewissen Tendenzen zu totalitären Strukturen charakterisieren. Die Frage, ob Belarus eine „Diktatur im Herzen Europas“ sei und Lukaschenko ihr „letzter Diktator“, muss eindeutig mit „Ja“ beantwortet werden.

¹⁹⁰ Luchterhandt, Otto: Präsidentialismus in den GUS-Staaten; in: Ders. (Hrsg.): Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS, Berlin 1996, S. 268; zitiert nach: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 465.

¹⁹¹ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation, a.a.O., S. 465.

¹⁹² Vgl. ebd., S. 469.

¹⁹³ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 10f und 26.

¹⁹⁴ Vgl. u.a. Pan`koŭski, Sjarhej: Minsk – das Vierte Rom?, a.a.O., S. 11.

¹⁹⁵ Vgl. Karol`, Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus', a.a.O., S. 429.

RESÜMEE UND AUSBLICK

Belarus stellt einen Sonderfall unter den Transformationsländern im postsowjetischen osteuropäischen Raum dar und bildet in einem Europa mit offenen und demokratischen Gesellschaftssystemen eine traurige Ausnahme. Das „Schmuddelkind Osteuropas“¹⁹⁶ ist ein „Antimodell zu den Reformstaaten in seinem regionalem Umfeld“.¹⁹⁷

Präsident Lukaschenko verdankt seinen Erfolg mehreren Faktoren: Zentrale Ursachen für den Machterhalt sind eine restaurative Politik mit wichtigen Merkmalen der untergegangenen Sowjetunion, eine Instrumentalisierung des sowjetischen Erbes und eine forcierte Ideologisierung sämtlicher Arbeits- und Lebensbereiche. Der Präsident bündelt alle wichtigen institutionellen und materiellen Machtressourcen in seinen Händen. Seine Vollmachten sind selbst für ein präsidentielles Regierungssystem enorm und begründen seine Vormachtstellung gegenüber den anderen Verfassungsorganen. Politik betreibt er mittels Dekreten, manipulierter Wahlen und geschickt ausgewählter Referenden. Als Instrumente der Herrschaftsausübung dienen ihm die Kontrolle der Medien und damit einhergehender Propaganda, Populismus sowie ein außerordentlich autoritäres politisches Regime mit vielfältigen Methoden der Einschüchterung, Kriminalisierung und Unterdrückung aller Ansätze pluralistischer und oppositioneller Artikulationen. Seine unmittelbare Umgebung scheint ihm gegenüber bedingungslos loyal zu sein. Mittels einer straff geführten vertikalen Machtausübung, einer ausgeprägten Vetternwirtschaft und einer systematischen Kontrolle schafft er persönliche Abhängigkeitsverhältnisse. Er konnte zudem tatsächlich die politischen Erwartungen vieler Wähler erfüllen oder ihnen zumindest besser genügen als andere Kandidaten. Dabei halfen ihm sein Image als Landesvater, eine kaum existente parlamentarische und eine fragmentierte außerparlamentarische Opposition. Des Weiteren konnte er dank der finanziellen und energiepolitischen Absicherung durch Russland bislang ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum mit relativer Stabilität vorweisen. Seine systematische Strategie der Kontrolle und Repressionen ließ zwar begrenzte Freiräume für oppositionelle politische, wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure zu, hinderte diese aber an der Herausbildung eines alternativen Machtpotentials. Die Maßnahmen richteten sich gegen Parteien, Gewerkschaften, Medien, Nichtregierungsorganisationen, aber auch

¹⁹⁶ Lorenz, Astrid: Aufbruch aus der Talsenke?, a.a.O., S. 249.

¹⁹⁷ Timmermann, Heinz: Die EU und die »Neuen Nachbarn« Ukraine und Belarus (SWP-Studie, Nr. 41, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, Oktober 2003, S. 16.

gegen die Mitglieder des eigenen Herrschaftsapparats. Doch auch die wenigen Freiräume schwanden in den letzten Jahren massiv. Lukaschenko hat Belarus in seiner Amtszeit in ein „geistiges und rechtliches Černobyl“¹⁹⁸ verwandelt.

In den Ansprachen nach der Präsidentschaftswahl wurde auf dem Minsker Oktoberplatz immer wieder das ukrainische Beispiel als Hoffnung beschworen. Ein Aufstand im Geiste der ukrainischen Revolution fand aber nicht statt. Die Schwäche der Protestbewegung ist zum Teil sicherlich hausgemacht, die Opposition agierte noch zu uneins und war logistisch überfordert, was angesichts der staatlichen Repressionen jedoch nicht verwunderlich erscheint. Nüchtern betrachtet gibt es gravierende unterschiedliche strukturelle und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen zwischen beiden Ländern, die eine andere Ausgangslage schaffen. Im Unterschied zu Belarus verfügte die ukrainische Opposition schon vor der orangen Revolution über eine institutionelle Verankerung auf regionaler und nationaler Ebene sowie über beachtliche einheimische Ressourcen und besaß außerdem Zugang zu den politischen Machtstrukturen. Was in der Ukraine als Fluch der postsowjetischen Herrschaft unter Leonid Kutschma galt, nämlich die Oligarchen und deren Clans, fehlt in Belarus ebenfalls. Lukaschenko macht sich das medienwirksam zunutze, indem er auf die Ausplünderung des Nachbarlandes durch Oligarchen hinweist. Hinzu kommt, dass die ukrainischen Oligarchen sich in ihren Hausmedien untereinander Konkurrenz machten. In Belarus sind dagegen alle Medien fest in der Hand des Präsidenten. Für eine Revolution fehlen also eine Reihe wichtiger Voraussetzungen: eine parlamentarische Opposition, eine gewisse Rechtsstaatlichkeit und eine wenigstens in Teilen freie Medienlandschaft.¹⁹⁹

Die politischen Beziehungen zwischen der EU und Belarus sind auf Regierungsebene weitgehend eingefroren. Es besteht aber seitens der EU ein grundlegendes Interesse an langfristigen stabilen und demokratischen Verhältnissen in Belarus. Mit der aktuellen Regierung unter Lukaschenko lassen sich diese Ziele aber nicht realisieren. Eine Chance auf wirkliche Einflussnahme in Belarus durch eine eher weiche Linie, also einer Kooperation mit der Regierung, besteht nicht mehr. Ferner würde eine weiche Linie das Regime unnötig legitimieren und so die Opposition schwächen. Daher empfiehlt es sich, dass die EU ihre harte Linie und Doppelstrategie beibehält: Sie muss einerseits das Regime als illegitim betrachten, aber andererseits die EU-Nachbarschaftspolitik mit Belarus stärken und neu justieren. Die Europäische Nachbarschaftspolitik sollte weiterhin bemüht sein, die

¹⁹⁸ Lindner, Rainer: Präsidialdiktatur in Weißrußland, a.a.O., S. 1047.

¹⁹⁹ Vgl. Ludwig, Michael: Die gefährdete Einheit der Opposition, a.a.O. und Sahn, Astrid: Minsk ist nicht Kiew; in: Belarus-News, Nr. 27, Frühling 2005, S. 6f.

demokratischen Kräfte im Land breit zu unterstützen und nur punktuell Kontakte mit Regierungsvertretern zu pflegen. Außerdem ist ein Durchdringen des staatlichen Informationsmonopols notwendig.²⁰⁰

Die EU hat bereits Maßnahmen gegen Belarus erlassen: Neben dem Einfrieren von Vermögenswerten und Guthaben in der Union wurde gegen 30 Regierungsvertreter ein Einreiseverbot verhängt, das bislang lediglich für den Präsidenten und sechs enge Vertraute galt.²⁰¹ Die EU folgt damit dem vom amerikanischen Senat und Präsident George W. Bush am 20. Oktober 2005 unterzeichneten „Belarus Democracy Act“, der ebenfalls Einreiseverbote, vor allem aber eine Stärkung der oppositionellen demokratischen Kräfte im Land vorsieht.²⁰² Um die Opposition im Land moralisch zu stärken und sein mutiges und besonnenes Vorgehen im Präsidentschaftswahlkampf zu würdigen, wurde Alexander Milinkewitsch im Oktober 2006 zudem der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments verliehen.²⁰³

Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU besteht allerdings das Risiko, dass sich die innenpolitischen Fronten in Belarus weiter verhärten und das Land zu einer Polizeidiktatur mutiert, die sich jeglicher institutioneller Kontrolle von außen entzieht. Wahrscheinlich wird die Regierung auch noch härtere Maßnahmen gegen die externe Demokratisierungshilfe vornehmen.²⁰⁴ Es bedarf daher einer konzertierten Aktion und einer besseren und vertieften Abstimmung der Politik der EU gegenüber Belarus im Zusammenspiel mit den USA, den Nachbarstaaten und vor allem mit Russland. Die EU hält sich noch merklich zurück, in der belarussischen Frage deutlicher auf Russland einzuwirken. Sie möchte die diplomatischen Beziehungen mit dieser Thematik nicht belasten, da Europa in der Energieversorgung auf russisches Öl und Gas und den Transit durch Belarus angewiesen ist.²⁰⁵ Ob Lukaschenko den Lebensstandard seines Landes und damit auch seine Macht halten kann, hängt aber in erster Linie vom Protegé Russland ab. Die russische Regierung verfügt über die stärkste Verhandlungsposition, um Lukaschenko in die Schranken zu weisen. Im Gegensatz zur EU kann Russland das Regime unmittelbar ins Wanken bringen. Solange Moskau aber auch künftig schützend seine Hand über Belarus hält, wird sich wahrscheinlich

²⁰⁰ Vgl. Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus, a.a.O., S. 4f.

²⁰¹ Vgl. wtr: Neue Sanktionen gegen Weißrussland; in: SZ, Nr. 85, 62. Jg., 11. April 2006, S. 7 und dpa: EU-Einreiseverbot für Lukaschenko; in: SZ, Nr. 83, 62. Jg., 8./9. April 2006, S. 7.

²⁰² Vgl. Sahn, Astrid: Eine Wahl – zwei Urteile, a.a.O., S. 2.

²⁰³ Vgl. o.V.: Der Sacharow-Preis geht an Milinkewitsch; in: NZZ online, 27. Oktober 2006; online im Internet: <<http://www.belarusnews.de/de/nachrichten/der-sacharow-preis-geht-an-milinkewitsch.html>>.

²⁰⁴ Vgl. Lindner, Rainer: »Präsidentschaftswahl in Belarus«, a.a.O., S. 22.

²⁰⁵ So äußerte sich der Grüne Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit; in: Lodde, Eva/ Weiland, Severin: Cohn-Bendit will Schröder als EU-Vermittler, in: Spiegel Online, 21. März 2006, online im Internet: <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,407082,00.html>>.

nicht viel ändern. Sobald Russland seine Wirtschaftsförderung und Protektion aber einstellt, geriete das Regime unter massiven Druck und würde über kurz oder lang kollabieren. Russland ist aber weder an einem schnellen Sturz Lukaschenkos, noch an einer Annäherung Belarus' an die EU interessiert. Solange Lukaschenko politisch kontrolliert werden kann, er keine ernsthafte Gefahr darstellt und für einen sicheren Transit von Energielieferungen sorgt, wird Russland ihn in Minsk weiter walten lassen.

Nachdem der russische Europarat- und G8-Vorsitz keine neuen Erkenntnisse in der Belarus-Frage lieferte, bietet sich Deutschland nun die Möglichkeit, das Thema im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes wieder auf die politische Agenda zu bringen und auf Russland einzuwirken. Es bleibt zu hoffen, dass nicht nur die Energiesicherheit, sondern auch Menschenrechtsfragen besprochen werden.

Fraglich bleibt, ob mit dem Ende Lukaschenkos auch das System Lukaschenko endet. Es gibt momentan keine Anzeichen dafür, dass sich der Präsident in absehbarer Zeit freiwillig aus der Politik zurückziehen wird. Ebenso ist nicht bekannt, dass der Präsident sich bislang einen Kronprinzen herangezogen hätte. Er duldet nämlich keine Konkurrenz, schon gar nicht aus den eigenen Reihen. Vermutlich wird das System auseinanderbrechen, da alles auf die Person Lukaschenkos zugeschnitten ist. Solange er sich der Loyalität seiner Mitarbeiter sicher sein kann, wird er jedoch im Amt bleiben. Sein Regime hält sich seit nunmehr über zwölf Jahren an der Macht und es scheint, als ob es noch zu fest im Sattel sitzt. Der Druck auf die inneren Gegenkräfte ist dabei stetig erhöht worden, so dass schließlich kaum noch Gegenwehr vorhanden war. Die Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr waren dennoch nur ein partieller Erfolg für Lukaschenko, da sich die zuvor arg zerstrittene Opposition weitgehend konsolidiert und zu einer politischen Alternative entwickelt hat. Die Gegengesellschaft in Form von Opposition, Nichtregierungsorganisation und Zivilgesellschaft kann vielleicht zukünftig als fähiges und geeintes Korrektiv auftreten. Mit einer weiteren Farbenrevolution in Osteuropa ist aber wohl vorerst nicht zu rechnen, da die Machtsäulen Lukaschenkos noch zu stabil sind. Der zweigleisige Dialog der EU, das Einlenken Russlands und die wieder erstarkte Opposition werden aber hoffentlich in einem evolutionären Prozess eine positive Entwicklung in Richtung Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit freisetzen. Bis dahin besteht aber gleichzeitig die Gefahr, dass Belarus immer weiter in Richtung totalitäres Regime abgleitet, da es Lukaschenko einzig und allein um seinen Machterhalt geht.

LITERATURVERZEICHNIS

Monographien, Sammelbände, Fachzeitschriften

amnesty international (Sektionskoordinationsgruppe gegen die Todesstrafe): Europa – Ein Kontinent ohne Todesstrafe?, o.O., Dezember 2005.

Förster, Heinrich Linus: Von der Diktatur zur Demokratie – und zurück? Eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Systemtransformation am Beispiel der ehemaligen Sowjetrepublik Belarusland (Politica. Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft, Band 28), Hamburg 1998.

Garbe, Folkert/ Lindner, Rainer: Wahlfarce in Belarus – Inszenierter Urmengang und neuer Widerstand (Diskussionspapier, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, April 2006.

Götz, Roland: Energietransit von Russland durch die Ukraine und Belarus. Ein Risiko für die europäische Energiesicherheit? (SWP-Studie, Nr. 38, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, Dezember 2006.

Hoff, Magdalene/ Timmermann, Heinz: Belarus in der Krise. Die „Partei der Macht“ drängt auf Rückwendung nach Rußland, in: Osteuropa, Heft 8, 44. Jg., August 1994, S. 723-742.

Holtbrügge, Dirk: Weißrußland, 2. akt. und erg. Ausgabe, München 2002.

Karol, Aljaksej: Das politische System und die Innenpolitik in der Republik Belarus'; in: Rainer Lindner/ Boris Meissner (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation. Eine Zwischenbilanz (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik, Band 3), Köln 2001, S. 109-123.

Lindner, Rainer: Getrennte Wege aus gemeinsamer Zeit. Die Ukraine und Belarus' in postsowjetischer Transformation; in: Rainer Lindner/ Boris Meissner (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation. Eine Zwischenbilanz (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik, Band 3), Köln 2001, S. 13-30.

Lindner, Rainer: »Präsidentchaftswahl in Belarus«. Autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft und internationale Isolation (SWP-Studie, Nr. 6, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, März 2006.

Lindner, Rainer: Präsidialdiktatur in Weißrußland. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unter Lukašenka; in: Osteuropa, Heft 10/11, 47. Jg., Oktober/November 1997, S. 1038-1052.

Lindner, Rainer: Selbstisolierung von Belarus. Konflikte mit Polen und anderen Nachbarstaaten als Sicherheitsproblem der EU (SWP-Aktuell, Nr. 43, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, September 2005.

Lindner, Rainer: The Lukashenka Phenomenon; in: Margarita M. Balmaceda/ James I. Clem/ Lisbeth L. Tarlow (Hrsg.): Independent Belarus. Domestic Determinants, Regional Dynamics, and Implications for the West, Cambridge (Massachusetts), 2002, S. 77-108.

Lindner, Rainer/ Sahm, Astrid: „Dialog“ ohne Dialog vor „Wahlen“ ohne Wahl? Belarus' am Vorabend der Parlamentswahlen; in: Osteuropa, Heft 9, 50. Jg., September 2000, S. 991-1003.

Lorenz, Astrid: Aufbruch aus der Talsenke? Belarus' an der Schwelle zum neuen Jahrhundert; in: Osteuropa, Heft 3, 50. Jg., März 2000, S. 249-263.

Lorenz, Astrid: Der Unwille zur Macht – das belarussische Parlament; in: Susanne Kraatz/ Silvia von Steinsdorff (Hrsg.): Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa, Opladen 2002, S. 293-315.

Marples, David R.: Bac`ka Lukašënka. Herrschaft ohne Charisma; in: Astrid Sahm/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 18-29.

Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung (Kapitel 3.1.4. Präsidientielle Regierungssysteme: das Beispiel Weißrußland, S. 462-469), Opladen 1999.

Navumava, Svyatlana (Svetlana Naumova): Parteien ohne Macht. Harmlose Dornen im Auge der Autokratie; in: Astrid Sahm/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 31-38.

Pan`koŭski, Sjarhej (Sergej Pankokovskij): Minsk – das Vierte Rom?; in: Astrid Sahm/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 8-17.

Rentrop, Petra: Arbeiten an der Erinnerung. Geschichte und kollektives Gedächtnis; in: Astrid Sahm/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 146-157.

Roggemann, Herwig (Hrsg.): Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern (Quellen zur Rechtsvergleichung), Berlin 1999.

Sahm, Astrid: Belarus'. Von der parlamentarischen Republik zum präsidialen Regime; in: Rainer Lindner/ Boris Meissner (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus' in der Transformation. Eine Zwischenbilanz (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik, Band 3), Köln 2001, S. 125-148.

Sahm, Astrid: Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung; in: Astrid Sahm/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 96-110.

Sahm, Astrid: Kein politischer Frühling in Belarus. Das Scheitern der Parlamentswahlen im Mai 1995 und die Verselbstständigungstendenzen der Exekutive; in: Osteuropa, Heft 11, 45. Jg., November 1995, S. 1021-1033.

Sahm, Astrid: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Belarus weiter auf Isolationskurs; in: Osteuropa, Heft 1, 55. Jg., Januar 2005, S. 77-90.

Sahm, Astrid: Schleichender Staatsstreich in Belarus. Hintergründe und Konsequenzen des Verfassungsreferendums im November 1996; in: Osteuropa, Heft 5, 47. Jg., Mai 1997, S. 475-487.

Steinsdorff, Silvia von: Das politische System Weißrußlands (Belarus); in: Wolfgang Ismayr: Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S. 429-467.

Timmermann, Heinz: Die EU und die »Neuen Nachbarn« Ukraine und Belarus (SWP-Studie, Nr. 41, Forschungsgruppe Rußland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin, Oktober 2003.

Timmermann, Heinz: Koloboks Union. Belarus und Rußland am Wendepunkt?; in: Astrid Sahm/ Manfred Sapper/ Volker Weichsel (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht (Osteuropa, Heft 2, 54. Jg., Februar 2004), S. 218-227.

Werdt, Christophe von: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion; in: Carsten Goehrle/ Seraina Gilly (Hrsg.): Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, Bern 2000, S. 285-329.

Zeitungs-, Zeitschriften- und Onlineartikel

Beckmann, Stefanie/ Prestin, Heike: Im Land des Patriarchen; in: ai journal, Nr. 5/2006, S. 20ff.

dpa: EU-Einreiseverbot für Lukaschenko; in: SZ, Nr. 83, 62. Jg., 8./9. April 2006, S. 7.

Eigendorf, Jörg: Leben wie die Bettler; in: Die Zeit, Nr. 48, 51. Jg., 22. November 1996, S. 29.

Feduta, Alexander/ Boguzkij, Oleg/ Martinowitsch, Wiktor: Politische Parteien in Belarus als notwendiger Bestandteil der Zivilgesellschaft: Semindokumentation, Friedrich-Ebert-Stiftung, Minsk 2003; online im Internet:
<http://www.fes-open.by/Publik/Politische_Parteien_De.pdf>
[zugegriffen am 27.02.2005].

Hassel, Florian: Ende teurer Freundschaften; in: Frankfurter Rundschau, 02. Januar 2007, online im Internet:
<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/frankfurter-rundschau-ende-teurer-freundschaften-3.html>>
[zugegriffen am 15.01.2007].

Imanow, Sergej: Ein Heer oppositioneller Kandidaten; in: Belarus-News, Nr. 28, Frühling 2005, S. 7f.

Kunter, Björn: Fünf Jahre Haft für sechs Computer; in: Belarus-News, Nr. 27, Frühling 2005, S. 10.

Lodde, Eva/ Weiland, Severin: Cohn-Bendit will Schröder als EU-Vermittler; in: Spiegel Online, 21. März 2006; online im Internet:

<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,407082,00.html>>

[zugegriffen am 27.03.2006].

Ludwig, Michael: Die gefährdete Einheit der Opposition; in: FAZ, 23. März 2006; online im Internet:

<<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EC16259F589F74C2C97A6B474A58D33C6~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top>>

[zugegriffen am 27.03.2006].

Oertel, Barbara: Lukaschenkos Tage scheinen gezählt; in: taz, 05. Januar 2007, S. 11; online im Internet:

<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/taz-kommentar-lukaschenkos-tage-scheinen-gezahlt.html>>

[zugegriffen am 15.01.2007].

o.V.: Der Sacharow-Preis geht an Milinkewitsch; in: NZZ online, 27. Oktober 2006; online im Internet:

<<http://www.belarusnews.de/de/nachrichten/der-sacharow-preis-geht-an-milinkewitsch.html>>

[zugegriffen am 15.01.2007].

o.V.: Gasprom droht Weißrussland mit höheren Gaspreisen; in: Spiegel Online, 30. März 2006; online im Internet:

<<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,408893,00.html>>

[zugegriffen am 01.04.2006].

o.V.: Geopolitischer Preis; in: FAZ, 01. Januar 2007; online im Internet:

<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/faz-kommentare-geopolitischer-preis-3.html>>

[zugegriffen am 15.01.2007].

o.V.: Lukaschenkos Innenminister wirft Opposition Mordkomplott vor; in: Spiegel Online, 26. März 2006; online im Internet:

<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,408012,00.html>>

[zugegriffen am 27.03.2006].

o.V.: Lukaschenkos nationalistische Ader; in: NZZ Online, 30. Dezember 2006; online im Internet:

<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/nzz-kommentar-lukaschenkos-nationalistische-ader-3.html>>

[zugegriffen am 15.01.2007].

o.V.: Lukaschenko will Ausländern "wie Entchen den Kopf abreißen"; in: Spiegel Online, 18. März 2006; online im Internet:

<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,406751,00.html>>

[zugegriffen am 27.03.2006].

o.V.: Russland klemmt wichtigste Öl-Ader nach Deutschland ab; in: Spiegel Online, 08. Januar 2007; online im Internet:
<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/spiegel-online-russland-klemmt-wichtigste-ol-ader-nach-deutschla.html>>
[zugegriffen am 15.01.2007].

o.V.: Treuebonus im Bruderzwist; in: Zeit online, 02. Januar 2007; online im Internet:
<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/zeit-online-treuebonus-im-bruderzwist.html>>
[zugegriffen am 15.01.2007].

o.V.: Weißrussland zahlt die Zeche; in SZ, Nr. 1, 63. Jg., 02. Januar 2007, S. 4; online im Internet:
<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/sz-weissrussland-zahlt-die-zeche-3.html>>
[zugegriffen am 15.01.2007].

Petrowskaja, Anna: Vorhersagbare Enttäuschung; in: Belarus-News, Nr. 15, Herbst 2001, S. 8f.

Petz, Ingo: Der Eisblock schmilzt; in: SZ, Nr. 74, 62. Jg., 29. März 2006, S. 13.

Reimann, Anna: Der Pate von Minsk; in: Spiegel Online, 18. März 2006; online im Internet:
<<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,406193,00.html>>
[zugegriffen am 27.03.2006].

Sahm, Astrid: Eine Wahl – zwei Urteile. Internationale Positionen zur Parlamentswahl; in: Belarus-News, Nr. 27, Frühling 2005, S. 2f.

Sahm, Astrid: Minsk ist nicht Kiew; in: Belarus-News, Nr. 27, Frühling 2005, S. 6f.

Sahm, Astrid: Die Medien im Wahlkampf: „Ein Mann-Theater“; in: Belarus-News, Nr. 15, Herbst 2001, S. 8.

Sahm, Astrid: Zustimmung mit Vorbehalt; in: Belarus-News, Nr. 15, Herbst 2001, S. 9.

Sambuk, Alexander: Spiel mit der Sehnsucht; in: Die Zeit, Nr. 50, 51. Jg., 6. Dezember 1996, S. 8.

Scheremet, Pawel: Sieg um jeden Preis. Wahl in Weißrussland: Lukaschenko muss gewinnen, sonst ist er verloren. Entsprechend skrupellos sind seine Methoden; in: Die Zeit, Nr. 37, 56. Jg., 6. September 2001, S.7.

Schmid, Ulrich: Indignation als Dauerzustand in Minsk, in: NZZ Internationale Ausgabe, Nr. 270, 226. Jg., 18. November 2005, S. 6.

Schmid, Ulrich: Weissrussland auf dem Weg nach Osten; in: NZZ Internationale Ausgabe, Nr. 244, 225. Jg., 19. Oktober 2004, S. 3.

Staack, Michael: Schlußlicht bei den demokratischen Freiheiten; in: Die Zeit, Nr. 49, 52. Jg., 28. November 1997, S.16.

Streitz, Matthias: Schluss mit Druschba; in: Spiegel Online, 09. Januar 2007; online im Internet:

<<http://www.belarusnews.de/de/reportagen/sz-von-wegen-freundschaft.html>>

[zugegriffen am 15.01.2007].

Thumann, Michael: Süßer die Gläser nie klingen; in: Die Zeit, Nr. 22, 52. Jg., 23. Mai 1997, S. 6.

Tretjuk, Asja: Land der Kriminellen; in: Die Zeit, Nr. 50, 58. Jg., 4. Dezember 2003, S.18.

Veser, Reinhard: Der Sprachdemonstrant; in: FAZ, 23. März 2006; online im Internet:

<<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EA78AB9045DF94A889B9798400198A572~ATpl~Ecommon~Scontent.html>>

[zugegriffen am 27.03.2006].

Voswinkel, Johannes: Die Angst der Mächtigen. Weißrusslands Opposition droht radikaler zu werden; in: Die Zeit, Nr. 14, 61. Jg., 30. März 2006, S. 11.

Voswinkel, Johannes: Knüppelhart. Weißrusslands Machthaber lässt wählen; in: Die Zeit, Nr. 12, 61. Jg., 16. März 2006, S. 9.

Voswinkel, Johannes: Weißrussische Nächte. Wählen im Lukaschenkoland; in: Die Zeit, o.A., 61. Jg, S. 13.

wtr: Neue Sanktionen gegen Weißrussland; in: SZ, Nr. 85, 62. Jg., 11. April 2006, S. 7.